



N i e d e r s c h r i f t

**der 5. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
18.12.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:01 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:33 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme von 14:37 Uhr - 18:12 Uhr
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:03 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:08 Uhr
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 14:08 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 14:14 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 17:30 Uhr
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Teilnahme ab 15:43 Uhr
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme ab 14:08 Uhr
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Eric Eigendorf
Katharina Hintz
Johannes Krause

Kay Senius
Dr. Martin Ernst
Beate Gellert
Dr. Sven Thomas
Andreas Wels
Yana Mark

Torsten Schaper

Olaf Schöder

Johannes Menke
Gernot Nette

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Teilnahme ab 15:36 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Stadtrat
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Martin Heinz
René Simeonow
Marco Schreyer
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Immobilien
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange
Rudenz Schramm
Bernhard Bönisch
Wolfgang Aldag
Beate Thomann

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Herr Wagner zu Vergaben von Grundstücken

Herr Wagner fragte, ob die Verwaltung bei Vergaben von Baugrundstücken prüft, ob diese den klima- und umweltpolitischen Gegebenheiten entsprechen.

Herr Rebenstorf bejahte dies. Anhand eines Prüfschemas werden die Aspekte geprüft.

Herr Wagner machte dies konkret am Kita-Ausweichstandort Theodor-Weber-Straße deutlich.

Herr Rebenstorf antwortete, dass auch hier eine Prüfung erfolgt ist und im Rahmen der Abwägung dieser Standort als Ausweichquartier festgesetzt wurde.

zu Frau Eichstädt zum Klimaschutzkonzept

Frau Eichstädt fragte, wie die Verwaltung im aktuellen Entwurf zum Klimaschutzkonzept zu der Einschätzung gelangt, dass es durch den Klimawandel kaum negative Auswirkungen für Halle (Saale) geben wird und dass im Bereich Stadtgrün zukünftig mit positiven Auswirkungen zu rechnen ist.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass das Thema Hitzeanpassung im Konzept eine wichtige Rolle spielt. Die Grundlage für die Modellrechnung wird die Stadt schriftlich übermitteln.

zu Herr Vinz zum Klimaschutzkonzept

Herr Vinz sagte, dass laut dem Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) der verursachte CO₂-Ausstoß der haleschen Bevölkerung bei 4,6 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr liegt. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei etwa 9 Tonnen. Er fragte, wie die Werte zustandekommen, inwieweit sie miteinander vergleichbar sind und wie weit Halle (Saale) hinsichtlich des Klimaschutzes ist.

Herr Paulsen antwortete, dass Halle (Saale) beim Klimaschutz weit fortgeschritten ist. Halle (Saale) ist eine kompakte Stadt mit einem starken Verkehrssystem, welches geprägt ist durch einen gut ausgebauten ÖPNV. Gemeinsam mit der Stadtwerke Halle GmbH und der EVH GmbH wurde im Bereich der Energieversorgung auch weiter agiert. Weiterhin sind bestimmte Industrien nach 1990 weggebrochen, welche in anderen Städten noch existieren. Das schlägt sich ebenso positiv auf die Bilanz nieder.

zu Frau J. Wenzel zu Fridays for Future Forderungen an Schulen

Frau Wenzel sagte, dass eine Forderung von Fridays for Future ist, dass die Kommunalpolitik Aufklärung über die Klimakrise und ihre lokalen Folgen betreiben soll. Sie fragte, welche konkreten Maßnahmen an haleschen Schulen geplant sind, um die Umwelt- und Klimabildung der Schülerinnen und Schüler zu fördern und auf die lokalen Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen und dies zu thematisieren.

Herr Paulsen antwortete, dass das Land für die Inhalte an Schulen verantwortlich ist. Insofern kann die Stadtverwaltung keine Maßnahmen formulieren, wie die inhaltliche Unterrichtsgestaltung zu erfolgen hat. Es wird aber Projekte geben und man wird in Schulen gehen und informieren.

zu Frau P. Wenzel zur Autofreien Innenstadt

Frau Wenzel fragte, ab wann mit einer autofreien und fahrradfreundlichen Innenstadt zu rechnen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass alle Forderungen mit Vertretern von Friday for Future abgestimmt wurden. Die Forderung nach einer autofreien Innenstadt wurde vom Stadtrat aufgegriffen. Die Verwaltung wurde beauftragt eine weitestgehend autofreie Innenstadt zu prüfen. Ein Verkehrsbüro wurde beauftragt, diese Untersuchung vorzunehmen. Das Ergebnis wird im Stadtrat beraten werden.

zu Herr von Lampe zur erneuerbaren Energie

Herr von Lampe fragte, welche Finanzierungskonzepte für mehr erneuerbare Energien innerhalb der Stadt Halle (Saale) geprüft wurden, welche Investitionen notwendig wären, um die Dächer aller passenden kommunalen Gebäude mit Photovoltaikanlagen auszustatten und über welche geeigneten Spareinrichtungen sich Bürgerinnen und Bürger an der Installation der PV-Anlagen beteiligen könnten. Weiter fragte er, ob in Erwägung gezogen wurde, eigene Bürger-Mietstrom-Projekte ins Leben zu rufen.

Herr Paulsen antwortete, dass diese Fragen bereits in der letzten Woche in der Steuerungsgruppe Klimaschutz von ihm gestellt wurden. Er schlug vor, dass diese detaillierten Fragen in der Steuerungsgruppe weiter beraten werden.

Herr Paulsen machte deutlich, dass mit Vertretern der Fridays for Future Bewegung mehrere Termine stattfanden, in der Steuerungsgruppe Klimaschutz jede einzelne Forderung besprochen und diskutiert wurde und man sich einvernehmlich auf das verständigt hat, was momentan im Klimaschutzkonzept festgeschrieben ist.

zu Herr Zeltner zur Umwidmung von Verkehrsflächen

Bezugnehmend zur neuen Osttangente und der A 143, wodurch der Autoverkehr aus der Innenstadt geführt werden soll, fragte **Herr Zeltner**, wie und an welcher Stelle freigewordene Verkehrsflächen für klimafreundliche Verkehrsmittel umgewidmet werden.

Herr Rebenstorf antwortete, dass durch die neu gebaute HES eine spürbare Entlastung zentraler Straßen im Zentrum erfolgt.

zu Herr Eichert zum ÖPNV

Herr Eichert fragte, wann der ÖPNV in Halle (Saale) kostenlos wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies eine gemeinsame Entscheidung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) und dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund ist. Mögliche Konzepte werden aktuell im Stadtrat beraten.

zu Herr Gergele zum ÖPNV

Herr Gergele sagte, dass an vielen Stellen in Halle (Saale) der öffentliche Nahverkehr durch den Individualverkehr behindert wird und dadurch dessen Zuverlässigkeit sinkt. Er fragte, ob systematisch untersucht wird, welche Straßen welche Behinderungen zur Folge haben und ob Maßnahmen untersucht werden, um dies zu reduzieren.

Herr Rebenstorf verwies auf das Projekt intelligente Verkehrssysteme. Die erste Umsetzungsphase des Projektes wird im kommenden Jahr beginnen.

zu Herr Pethe zum ÖPNV

Herr Pethe sprach zu verspätenden Bustouren der Linien 358 und 350. Er fragte, wie so die Verkehrswende gelingen soll.

Herr Rebenstorf sagte, dass es dazu eine Stadtratsanfrage gab, die gern zur Verfügung gestellt wird. Er sagte weiter, dass es sich hier um Buslinien der OBS Saalkreis GmbH handelt, wo die Verwaltung keinen Einfluss nehmen kann.

zu Herr Weger zum Klimaschutzkonzept

Herr Weger fragte, wann konkret verbindliche Zeitvorgaben im Klimaschutzkonzept verankert werden. Weiter fragte er nach einer möglichen Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und ob zukünftig auch Schwimmbäder mit erneuerbarer Energien versorgt werden.

Herr Paulsen antwortete, dass dies in der letzten Sitzung der Steuerungsgruppe Klimaschutz intensiv besprochen wurde. Das vorliegende Konzept ist eine Fortschreibung von 2015. Alle Maßnahmen wurden hinsichtlich der Zielerreichung oder einer nötigen

Fortschreibung bewertet. Das Klimaschutzkonzept wird nun auf Basis des bisher Erreichten fortgeschrieben.

zu Herr Klätte zur Städtepartnerschaft

Herr Klätte fragte zum aktuellen Stand einer möglichen Städtepartnerschaft mit Israel.

Frau Ernst antwortete, dass man der israelischen Botschaft das hallesche Portfolio übersandt hat. Dieses wird an den Städtetag in Israel weitergeleitet und dort entsprechend darüber beraten.

Es gab keine weiteren Einwohnerfragen.

Herr Weger übergab Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand im Namen von Fridays for Future ein Klimapaket.

Frau Müller beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 5. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 48 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (84,21%) fest.

Frau Müller verpflichtete Herrn Torsten Radtke und verlas die Verpflichtungserklärung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.4

Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 7.14 + ÄA 7.14.2 + 7.14.3

Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 7.14.1

Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00626

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss vom Antragsteller zurückgezogen, da von Verwaltung übernommen**

TOP 7.15.1

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage Sportstättenentwicklungskonzept 2020 – 2024 - VII/2019/00016

Vorlage: VII/2019/00660

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 7.16 + ÄA 7.16.1

Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019

Vorlage: VII/2019/00017

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 7.18 + ÄA 7.18.1 und 7.18.2

IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2019/05270

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 7.20

Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA)

Vorlage: VII/2019/00497

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 8.1 + ÄA 8.1.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements

Vorlage: VII/2019/00283

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.2

Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern

Vorlage: VII/2019/00450

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.3

Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm

Vorlage: VII/2019/00321

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses „Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft“ (VI/2014/00022) und Überarbeitung der Planung

Vorlage: VII/2019/00331

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss vertagt**

TOP 8.11

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen

Vorlage: VI/2019/04987

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.12

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet

Vorlage: VI/2018/04529

- **Vorschlag: absetzen**
- **im Fachausschuss vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 8.13

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen

Vorlage: VI/2019/04766

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Fachausschuss bis Februar 2020 vertagt**

TOP 8.14

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00131

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.18

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Sanierung des Absprungbelages des Sprungturms, in der Schwimmhalle Neustadt
Vorlage: VII/2019/00430

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.21

Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung
Vorlage: VII/2019/00491

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **im Fachausschuss vertagt**

Frau Müller machte auf drei Dringlichkeiten aufmerksam. Eine Einbringung derer erfolgte nicht, ebenso keine Gegenrede. Sie bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB Bauen, Bereich Bauordnung
Vorlage: VII/2019/00543

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.21

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00638

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.22

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00725

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.23

Frau Müller machte im Weiteren auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.1

Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018

Vorlage: VII/2019/00602

→ **hierzu liegen sieben Änderungsanträge vor**

TOP 7.1.4

Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018

Vorlage: VII/2019/00748

→ **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 7.3

Neuausrichtung des Präventionsrates

Vorlage: VII/2019/00697

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Freien Demokraten vor**

→ **Behandlung unter TOP 7.3.1**

TOP 7.15

Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2024

Vorlage: VII/2019/00016

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU vor**

→ **Behandlung unter TOP 7.15.2**

TOP 8.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte

Vorlage: VII/2019/00481

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor**

→ **Behandlung unter TOP 8.4.1**

TOP 8.5

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen

Vorlage: VII/2019/00478

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsratsfraktion vor**

→ **Behandlung unter TOP 8.5.1**

→ **gemeinsame Behandlung mit TOP 8.17**

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“

TOP 8.5.1

Änderungsantrag der AfD-Stadtratsratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen

→ **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.6

Antrag der AfD-Stadtratsratsfraktion zur Prüfung der Aufstellung von Parkbänken an den Wegen der sogenannten „Hundewiesen“ an der Rigaer Straße

Vorlage: VII/2019/00292

→ **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.9

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2019/00485

- **Änderung des Beschlussvorschlages**
- **gemeinsame Behandlung mit TOP 8.19**

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011

TOP 8.10

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren

Vorlage: VII/2019/00483

- **Änderung des Beschlussvorschlages aufgrund Übernahme des Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, TOP 8.10.1**

TOP 8.15

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes ‚Fahrradhäuschen‘

Vorlage: VII/2019/00130

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.16

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung der App „HALLE SCHOCKT“

Vorlage: VII/2019/00151

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.17

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement,“

Vorlage: VII/2019/00463

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 9.2

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Vorlage: VII/2019/00683

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsratsfraktion vor**
- **Behandlung unter TOP 9.2.1**

TOP 9.6

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern

Vorlage: VII/2019/00686

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 9.7

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

Vorlage: VII/2019/00685

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

Herr Wolter zog im Namen der Fraktion den Tagesordnungspunkt 8.7.1 zurück. Weiterhin merkte er zum Tagesordnungspunkt 9.11 an, dass der Rat hier nicht zuständig sei. Er stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit, welchen Frau Müller abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) erfolgt zu der folgenden Passage ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Ich beantrage den Tagesordnungspunkt 7.1 von der Tagesordnung abzusetzen beziehungsweise zu vertagen, weil einige Fachausschüsse und der Finanzausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt nicht endverhandelt haben und sich selbst auf den Januar vertagt haben.

Frau Müller

Dann haben wir auch hier den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des TOP 7.1. Möchte dazu jemand eine Gegenrede halten? Herr Oberbürgermeister, bitteschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wenn man eine Vertagung beantragt, ist es ja so, dass der Antragsteller erstmal seinen Antrag einbringen muss. Deshalb muss ich dazu wie folgt Stellung nehmen:

Zunächst einmal ist festzustellen, dass es eine großartige Sache ist, dass die Verwaltung einen Ergebnis- und einen Finanzhaushalt vorgelegt hat, der vollständig die Kriterien der Auflagen des Landesverwaltungsamtes erfüllt. Es ist etwas ganz Besonderes und erstmalig, dass sowohl der Ergebnishaushalt als auch der Finanzhaushalt soweit ausgeglichen sind, dass wir dieses Ergebnis erzielen können. Das ist einmalig.

Zum zweiten ist es etwas ganz Besonderes, dass es uns gelungen ist, darüber hinaus den Konsolidierungsmaßnahmen des Landesverwaltungsamtes auch zu folgen und hier ein Konsolidierungskonzept aufzustellen, das, wie Sie wissen, mit den Eckdaten dazu führt, dass wir weiterhin die Schulden der Stadt Halle nach und nach, in 30 Jahren, abtragen können. Soweit, dass die Liquiditätskredite unter der jeweiligen Grenze der gesetzlichen Grenze fallen. Dieses ist besonders bemerkenswert.

Der nächste Punkt, der besonders ist, ist, dass wir gemeinsam nach der Wahl des neuen OB, es uns gelungen ist, innerhalb kürzester Zeit einen Haushalt vorzulegen. Noch dazu, der Finanzbeigeordnete gerade auch innerhalb eines Monats gerade neu gewählt wurde, und der Beigeordnete sich hingesezt hat, ebenfalls diesen Haushalt aufzustellen. Auch das ist etwas Besonderes und ist lobenswert.

Darüber hinaus ist es jetzt ganz wichtig für die Vereine und für die freien Träger, dass darauf auch reagiert wird. Deshalb hat die Verwaltung 48 Haushaltsstellen in dieser verkürzten Beratungszeit herausgenommen und hat in dieser Diskussion einen Haushalt vorgelegt, der für alle überschaubar ist und diskussionswürdig ist. Diese 48 Haushaltsstellen haben viele Fraktionen kooperativ mit der Verwaltung beraten. Herr Geier war in allen Fraktionen. Herr Geier hat sehr intensiv außerhalb jeglicher Dienstzeiten oder ähnliches die Beratungsangebote der einzelnen Fraktionen angenommen und hat diskutiert. Daraufhin sind eine Vielzahl von Änderungsanträgen auch hier in den Stadtrat hineingekommen und deshalb ist es ganz, ganz wichtig, dass diese hier auch beraten werden. Das Wohl der Stadt Halle, mit diesem Zeitpunkt einer sehr kurzen Tätigkeit nach der Neuwahl des Oberbürgermeisters und des Finanzbeigeordneten, ist es ganz, ganz wichtig, dass darunter das Wohl der Stadt nicht leidet.

Die Diskussion, zu sagen: der Haushalt wird besser, wenn wir noch einen Monat warten. Das ist eine Diskussionsebene, die insoweit nicht zutreffend ist, weil die ersten Ausschüsse wieder unmittelbar, unmittelbar nach Neujahr, auch bereits wieder Tagen. Die Diskussion und die Antworten der Verwaltung, die Tag und Nacht in den letzten Tagen gearbeitet haben,

um alle Fragen auch zu beantworten. Alle Fragen, die aufgetreten sind.

Die Änderungsanträge, die eingereicht worden sind, sind von einer solchen Qualität, dass wir sämtlichen Änderungsanträgen auch zustimmen können.

Die Möglichkeiten der Änderungsanträge, die hier uns vorliegen, sind sehr positiv. Bis auf Linke und Grüne haben von dieser Möglichkeit alle Fraktionen Gebrauch gemacht. Deshalb sehe ich das auch als Ergebnis der positiven, des positiven Ergebnisses an, die Herr Geier und sein Team gemeinsam auch erzielt haben in den letzten Tagen und Wochen, in dem diese Diskussion auch geführt wurde.

Zusätzlich zum Haushalt gehört auch das Konsolidierungskonzept. Das Konsolidierungskonzept ist bereits einen Monat vorher eingereicht worden. Es beinhaltet eben die Eckpunkte, die ich eben skizziert habe. Hierzu liegt kein weiterer Vorschlag vor, außer, dass man sagt, man möchte ganz gern nicht 30 Jahre, sondern ähnlich wie beim Land möglicherweise 40 oder 50 Jahre, um dann nötigen weiteren Spielraum auch zu gewinnen. Darüber kann man diskutieren. Auch hier gibt es einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Die, diesen Antrag wird die Stadtverwaltung dann positiv begleiten und dem auch zustimmen.

Diese Diskussion und auch die Kopplung, die gesetzlich vorgesehen ist, einmal mit dem Haushalt und einmal mit dem Konsolidierungskonzept, ist so bedeutend, weil hier die gesetzliche Vorgabe gemeinsam auch gegeben ist. Man kann also das eine nicht ohne das andere auch beschließen und bestätigen.

Deshalb ist es sehr, sehr wichtig. Ich möchte es nochmal deutlich machen. Das Wohl der Vereine und das Wohl der freien Träger und auch der Förderleistung, die wir erhalten, hängt davon ab, dass wir rechtzeitig den Haushalt frei bekommen beziehungsweise damit arbeiten können. Wenn wir erst im Januar beschließen, was auch noch fraglich ist, wenn wir heute wieder vertagen, dann wäre das eine Situation, dass wir vor April keinen freien Haushalt haben, wenn es gut läuft.

Die Grundsätze der vorläufigen Haushaltsführung, die komplett alle Vereine und alle freien Träger treffen wird, ist die, die sie alle kennen. Es wird nicht weiter gewurschtelt oder ähnliches, dass man sagt: Ach naja, die Vereine werden das schon bekommen. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind klar und deutlich. Notwendige Maßnahmen, die dann nur noch möglich sind, sind alle nur die Maßnahmen, die in irgendeiner Weise eine Gefährdungssituation zulassen für Leib und Leben oder möglicherweise gesetzlich zwingend vorgeschrieben sind oder gegebenenfalls die dazu führen, dass das Wohl eines Kindes beeinträchtigt ist. Alles andere, meine Damen und Herren, alles andere würde zu einem gesellschaftspolitischen Stillstand in der Stadt führen, wenn wir wieder in die vorläufige Haushaltsführung gehen. Das dürfen wir nicht riskieren. Und alle haben die Möglichkeit gehabt, sich hier in dieses Verfahren auch einzubringen und deshalb ist es ganz, ganz wichtig, dass wir heute diesen Tagesordnungspunkt auch beraten. Auch vor allem die Änderungsanträge, dann auch darauf eingehen.

Die Argumentation von Herrn Meerheim ist schlicht und einfach falsch. Alle Ausschüsse haben beraten und nur das ist zwingende Voraussetzung, dass man hier auch die Diskussion führen kann. Die Ausschüsse beraten, sie müssen nicht beschließen, sondern sie müssen sich mit der Thematik beschäftigen. Und dass es dort beraten wurde in allen Ausschüssen, das ist deutlich, weil wir ganz allgemein auch immer wieder die 48, die nur 48 Haushaltsstellen auch tatsächlich dargestellt haben und auch diskutiert haben.

Wenn man jetzt sagt und sieht, dass 48 Haushaltsstellen dazu führen und dazu beitragen, hier das Wohl der Stadt Halle nicht zu gefährden, dann muss ich deutlich sagen, dass dieser

Antrag fahrlässig ist. Einfach fahrlässig. Wie kann man so etwas tun? In dieser Zeit, wo wir alle wussten, das sowohl der Finanzbeigeordnete und OB nur einen Monat Zeit haben, einen Haushalt entsprechend aufzustellen und diese Diskussion, und diese Diskussion hier zu führen.

Und deshalb kann ich ihn nur dringend empfehlen, dringend empfehlen, hier den Haushalt so auch zu beschließen, mit den Änderungen. Da haben wir uns sehr gefreut, dass wir diese Änderungen und Ergänzungsanträge der einzelnen Fraktionen hier auch übernehmen. Und deshalb kann ich nur empfehlen, diesen Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu lassen und dem Begehren von Herrn Meerheim dringend abzulehnen.

Frau Müller

Vielen Dank.

Wir haben den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des TOP 7.1. Ich lasse jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer stimmt einer Vertagung des TOP 7.1 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenthaltung. Bei einigen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen ist der Antrag dennoch mehrheitlich angenommen. TOP 7.1 ist damit vertagt.

- Ende Wortprotokoll -

Herr Wolter beantragte die Rücküberweisung des Tagesordnungspunktes 7.2 an den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die vorläufige Haushaltsführung deutlich in Kauf genommen wird und dies zu einem Schaden der Stadt Halle (Saale) führt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Rücküberweisung in den Fachausschuss. Sie ließ das Abstimmungsverhalten auszählen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
25 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Müller** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.10.2019 und Fortsetzung am 06.11.2019
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2019
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.11.2019
Vorlage: VII/2019/00735
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. *Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018*
Vorlage: VII/2019/00602 **vertagt**
- 7.1.1. *Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018*
Vorlage: VII/2019/00718 **vertagt**
- 7.1.2. *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018, hier: Suchtberatungsstellen*
Vorlage: VII/2019/00727 **vertagt**
- 7.1.3. *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018*
Vorlage: VII/2019/00747 **vertagt**
- 7.1.4. *Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018*
Vorlage: VII/2019/00748 **vertagt**
- 7.1.5. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage „Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018“ (VII/2019/00602)*
Vorlage: VII/2019/00752 **vertagt**
- 7.1.6. *Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018*
Vorlage: VII/2019/00758 **vertagt**

- 7.1.7. *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018, hier 1.56101 Umweltschutz*
Vorlage: VII/2019/00761 **vertagt**
- 7.2. *Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VII/2019/00170 **verwiesen**
- 7.2.1. *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)* Vorlage: VII/2019/00170
Vorlage: VII/2019/00760 **verwiesen**
- 7.3. Neuausrichtung des Präventionsrates
Vorlage: VII/2019/00697
- 7.3.1. *Änderungsantrag der Freien Demokraten zur Neuausrichtung des Präventionsrates (VII/2019/00697)*
Vorlage: VII/2019/00763
- 7.4. *Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VII/2019/00405 **vertagt**
- 7.5. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2018
Vorlage: VII/2019/00532
- 7.6. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Soziales
Vorlage: VII/2019/00607
- 7.7. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00508
- 7.8. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB 24 Immobilien
Vorlage: VII/2019/00631
- 7.9. Baubeschluss GRW-Maßnahme Elsterradweg Regensburger Straße
Vorlage: VII/2019/00348
- 7.10. Baubeschluss GRW-Maßnahme Salinebrücke
Vorlage: VII/2019/00429
- 7.11. Baubeschluss GRW-Maßnahme Neubau Sandangerbrücke
Vorlage: VII/2019/00433
- 7.12. Baubeschluss zum Quartiersspielplatz Unstrutstraße
Vorlage: VII/2019/00402
- 7.13. Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00226

- 7.14. *Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)*
Vorlage: VII/2019/00436 **vertagt**
- 7.14.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage*
Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00626 **abgesetzt**
- 7.14.2 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Attraktivierung des*
Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale) (VII/2019/00436)
Vorlage: VII/2019/00708 **vertagt**
- 7.14.3 *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock zur Beschlussvorlage "Attraktivierung*
des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)"
(VII/2019/00436)
Vorlage: VII/2019/00744 **vertagt**
- 7.15. *Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2024*
Vorlage: VII/2019/00016
- 7.15.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage*
Sportstättenentwicklungskonzept 2020 – 2024 - VII/2019/00016
Vorlage: VII/2019/00660 **abgesetzt**
- 7.15.2 *Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, BÜNDNIS*
90/DIE GRÜNEN und SPD zum Sportstättenentwicklungskonzeptes 2020 - 2024
(VII/2019/00016)
Vorlage: VII/2019/00703
- 7.16. *Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019*
Vorlage: VII/2019/00017
- 7.16.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur*
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622
- 7.17. *Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und*
Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2020
bis 31.12.2021
Vorlage: VII/2019/00199
- 7.18. *IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2019/05270 **vertagt**
- 7.18.1 *Änderungsantragsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE,*
FDP und MitBürger & Die PARTEI zu IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen
Schulen der Stadt Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00423 **vertagt**
- 7.18.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage IT macht*
Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00273 **vertagt**
- 7.19. *Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: VII/2019/00496

- 7.20. *Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA)*
Vorlage: VII/2019/00497 **vertagt**
- 7.21. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB Bauen, Bereich Bauordnung
Vorlage: VII/2019/00543
- 7.22. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00638
- 7.23. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00725
8. Wiedervorlage
- 8.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements*
Vorlage: VII/2019/00283 **vertagt**
- 8.1.1. *Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag VII/2019/00283 der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements*
Vorlage: VII/2019/00621 **vertagt**
- 8.2. *Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern*
Vorlage: VII/2019/00450 **vertagt**
- 8.3. *Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm*
Vorlage: VII/2019/00321 **vertagt**
- 8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte
Vorlage: VII/2019/00481
- 8.4.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte* - Vorlage: VII/2019/00481
Vorlage: VII/2019/00757
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00478
- 8.5.1. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00755
- 8.6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Aufstellung von Parkbänken an den Wegen der sogenannten „Hundewiesen“ an der Rigaer Straße
Vorlage: VII/2019/00292

- 8.7. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00290
- 8.7.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel*
Vorlage: VII/2019/00403 **zurückgezogen**
- 8.8. *Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses „Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft“ (VI/2014/00022) und Überarbeitung der Planung*
Vorlage: VII/2019/00331 **vertagt**
- 8.9. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00485
- 8.10. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren
Vorlage: VII/2019/00483
- 8.10.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & DIE PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren; Vorlagennr.: VII/2019/00483*
Vorlage: VII/2019/00705
- 8.11. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Ampelgriffen*
Vorlage: VI/2019/04987 **vertagt**
- 8.12. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet*
Vorlage: VI/2018/04529 **abgesetzt**
- 8.13. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen*
Vorlage: VI/2019/04766 **vertagt**
- 8.14. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet*
Vorlage: VII/2019/00131 **vertagt**
- 8.15. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes ‚Fahrradhäuschen‘
Vorlage: VII/2019/00130
- 8.16. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung einer Retter-App für Halle
Vorlage: VII/2019/00151
- 8.17. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“
Vorlage: VII/2019/00463

- 8.18. *Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Sanierung des Absprungbelages des Sprungturms, in der Schwimmhalle Neustadt*
Vorlage: VII/2019/00430 **vertagt**
- 8.19. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011
Vorlage: VII/2019/00431
- 8.20. Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur touristenfreundlichen Beschilderung
Vorlage: VII/2019/00330
- 8.21. *Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung*
Vorlage: VII/2019/00491 **vertagt**
9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Information des Stadtrates durch den Oberbürgermeister
Vorlage: VII/2019/00680
- 9.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00683
- 9.2.1. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00762
- 9.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V."
Vorlage: VII/2019/00662
- 9.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion - Demokratieklauseleinführen!
Vorlage: VII/2019/00663
- 9.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beflaggung städtischer Schulen und Dienstgebäude
Vorlage: VII/2019/00664
- 9.6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00686
- 9.7. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00685
- 9.8. Antrag des Stadtrates Rene Schnabel (AfD) zur Standvergabe und Erweiterung des Weihnachtsmarktes
Vorlage: VII/2019/00666
- 9.9. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Betreuung von Kindern und Angehörigen während der Mandatsausübung
Vorlage: VII/2019/00687

- 9.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausrüstung der Fahrzeuge im Fuhrpark der Stadt Halle (Saale) und ihrer Beteiligungen mit Abbiegeassistenten
Vorlage: VII/2019/00674
- 9.11. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schwimmunterricht – Konzept für städtische Kitas
Vorlage: VII/2019/00644
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU-Fraktion zu städtischen Rettungswachen
Vorlage: VII/2019/00681
- 10.2. Anfrage der CDU-Fraktion zu den Voraussetzungen für einen 24 Stunden-Dienst des städtischen Ordnungsamts
Vorlage: VII/2019/00682
- 10.3. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Wohngebiet Wörmlitz
Vorlage: VII/2019/00445
- 10.4. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Regensburger Straße
Vorlage: VII/2019/00443
- 10.5. Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zum Brandschutz an Schulen, Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden
Vorlage: VI/2019/05055
- 10.6. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur externen Erstellung von Gutachten und Beratungsleistungen im Jahr 2018
Vorlage: VII/2019/00684
- 10.7. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung einer Moschee in Halle-Neustadt – Nachfrage
Vorlage: VII/2019/00480
- 10.8. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Stadtratssitzungen via Livestream
Vorlage: VII/2019/00667
- 10.9. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur HALLIANZ für Vielfalt
Vorlage: VII/2019/00668
- 10.10. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum „Original Play“ an halleschen Kitas
Vorlage: VII/2019/00669
- 10.11. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur unzureichenden Finanzierung der Kosten der Migrationskrise seit 2015 durch Bund und Land
Vorlage: VII/2019/00670
- 10.12. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund
Vorlage: VII/2019/00677

- 10.13. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Nutzung des Salzgrafenplatzes als Reisebusparkplatz
Vorlage: VII/2019/00487
- 10.14. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Personalsituation im Fachbereich Sicherheit
Vorlage: VII/2019/00477
- 10.15. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Grundstück und zur Bebauung Dessauer Str. 3, 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00675
- 10.16. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum städtischen Ordnungsdienst
Vorlage: VII/2019/00676
- 10.17. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Grundwasserproben auf dem Orgacid-Gelände
Vorlage: VII/2019/00678
11. Mitteilungen
- 11.1. Energiebericht 2019
Vorlage: VII/2019/00195
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen
- 13.1. Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Initiierung einer öffentlichen Skulptureninstallation in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00709
- 13.2. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum urbanen Strategiefeld "Nachhaltiges Regenwassermanagement"
Vorlage: VII/2019/00722
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.10.2019 und Fortsetzung am 06.11.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.10.2019 und der Fortsetzung vom 06.11.2019.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.11.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14.11.2019

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.11.2019 Vorlage: VII/2019/00735

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.11.2019 vor dem Sitzungssaal aushängen und somit öffentlich bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass am 28. November eine Engagement-Plattform eingerichtet wurde. Die Internetplattform www.engagiert-in-halle.de ist mit fast 300 Engagementangeboten für freiwillige Helfer gestartet. Vereine und Organisationen können online nach Engagierten suchen und sich vorstellen. Die Initiative der Freiwilligen-Agentur und des Engagementbeirates der Stadt fördert die ehrenamtliche Tätigkeit.

Am 27. November wurden auf dem Bahnhof weitere sanierte Bahnsteige und der Fußgängertunnel auf der Westseite des Bahnhofs wieder eröffnet. In den sanierten Arkaden am Hans-Dietrich-Genscher-Platz haben zudem Geschäfte eröffnet. Nach fünf Jahren Bauzeit sind damit wesentliche Teile des Eisenbahnknotens Halle modernisiert. Bis 2021 folgt als letzte Bauetappe die Sanierung der Bahnsteige 1a und 1/2.

Am 05. Dezember wurden 500 Ehrenamtskarten vergeben. Am Internationalen Tag des Ehrenamtes überreichte die Stadt in einer Festveranstaltung die Ehrenamtskarten für 2019 an engagierte Hallenserinnen und Hallenser. Mehr als 400 ehrenamtlich Engagierte erlebten ein festliches Programm in der Konzerthalle Ulrichskirche. 500 Hallenserinnen und Hallenser waren nominiert. Das ist ein neuer Rekord.

Auf der Silberhöhe fand am 06. Dezember die Veranstaltung „Halle singt“ statt. Die Stadt Halle läutete musikalisch mit einem weihnachtlichen Mitmachkonzert die Adventszeit ein. Die Stadt Halle (Saale) hat auf dem Platz vor dem Gesundheitszentrum einen Weihnachtsbaum aufgestellt und weihnachtliche Beleuchtung an den Bäumen entlang der Ladenpassage in der Wittenberger Straße installiert.

Am 07. Dezember ist der Schauspieler Wolfgang Winkler gestorben. In 50 Folgen der beliebten Krimireihe „Polizeiruf 110“ wurde er einem bundesweiten Millionenpublikum bekannt und gemeinsam mit seinem Filmpartner Jaeki Schwarz zu einem wichtigen

Botschafter der Stadt Halle (Saale). Die Stadt wird Wolfgang Winkler ein ehrendes Gedenken bewahren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter, dass am 09. Dezember der neue Spielplatz „Am Gastronom“ in Halle-Neustadt in Betrieb genommen wurde. Die rund 5000 Quadratmeter große Anlage umfasst mehrere Spielgeräte, eine Spielwiese und Sandspielbereiche. Die Stadt hat 350.000 Euro investiert. Rund 20 Bäume und mehr als 700 Sträucher werden gepflanzt.

Am 10. Dezember erhielt die Stadt eine Auszeichnung für die sichersten Schwimmbäder. Die Unfallkasse Sachsen-Anhalt und der DRK-Wasserrettungsdienst Halle (Saale) haben landesweit die Sicherheit in öffentlichen Schwimmhallen überprüft. Das Stadtbad Halle und die Schwimmhalle in Neustadt gehören demnach zu den vier sichersten Schwimmbädern in Sachsen-Anhalt.

Seit dem 12. Dezember testen das Stadtmarketing und eine Berliner Firma bis zum Frühjahr des kommenden Jahres 176 E-Scooter auf einer Strecke zwischen Hauptbahnhof und Peißnitzinsel. Mit der App „tier.app“ kann der nächste Standort eines freien E-Scooters geortet werden. Die Kosten betragen 1 Euro Startgebühr sowie 15 Cent für jede Minute.

Am 11. Dezember beging die Energie-Initiative Halle ihr dreijähriges Bestehen. Das Bündnis setzt die Energiewende vor Ort um und wurde 2016 auf Initiative der EVH GmbH gegründet. Vor allem die Wohnungswirtschaft ist hier als wichtiger Partner zu nennen. Der Abschlussbericht „Urbane Energiewende“ sagt aus, dass die Energie- und CO₂-Bilanz der Stadt Halle (Saale) bereits jetzt um 50 Prozent geringer als in vergleichbaren deutschen Großstädten ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte zum Konzert für Toleranz und Menschlichkeit. Am 15. Dezember gastierte das weltweit größte Treffen jüdischer Chöre, das Louis-Lewandowski-Festival Berlin, in der Marktkirche. Es war ein kostenloses Konzert als Geschenk des Festivals als Zeichen gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie als Reaktion auf den Anschlag vom 09. Oktober.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte zwei Änderungen im Organigramm der Stadtverwaltung Halle (Saale) vor. Das Dienstleistungszentrum Integration trägt nunmehr die Bezeichnung Dienstleistungszentrum Demokratie und Integration. Das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement trägt nun die Bezeichnung Dienstleistungszentrum Bürgerbeteiligung.

Zur Metropolregion Mitteldeutschland berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass auf der Mitgliederversammlung folgender Leitantrag zur weiteren Entwicklung der Metropolregion beschlossen wurde:

Der Europäische Metropolregion Mitteldeutschland e.V. ist mit dem Ziel weiterzuentwickeln, eine wichtige und möglichst formal legitimierte Rolle bei der Regionalentwicklung innezuhaben. Diesbezüglich sind Aufgabenbereiche und mögliche Organisationsformen zu überprüfen und ggf. anzupassen sowie erforderliche Satzungsänderungen herbeizuführen.

Er stellte die personelle Veränderung in der Metropolregion Mitteldeutschland dar. Herr Hartmut Handschak (Landrat Landkreis Saalekreis) und Herr Matthias Lux (Vorsitzender Geschäftsführer der Stadtwerke Halle GmbH) sind aufgrund von ausgeschiedenen Mitgliedern neu hinzugekommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bedankte sich für die Aufmerksamkeit.

zu 6 **Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

Bezogen auf das Organigramm der Verwaltung fragte **Frau Dr. Brock**, warum das Dienstleistungszentrum Familie nicht mehr existiert. Das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt hingegen sehe man als unnötig, da man über ein Jobcenter und einen Eigenbetrieb für Arbeitsförderung verfügt. Sie fragte, ob vorgesehen ist, das Dienstleistungszentrum Familie wieder zu etablieren und wie die zunehmenden Aufgaben bearbeitet werden.

Frau Brederlow antwortete, dass das Dienstleistungszentrum Familie eine Leistungsabteilung war, über welche jedes Jugendamt verfügt. Das Dienstleistungszentrum Familie wurde bewusst wieder in den Fachbereich Bildung eingegliedert, weil dort die Vernetzung zu den familienrelevanten Themen besser dargestellt werden kann.

Die Notwendigkeit eines Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt begründete **Frau Brederlow** mit Maßnahmen, die innerhalb der Verwaltung abzustimmen sind. Auch die Thematik zur Fachkräftegewinnung ist zu beachten. Weiterhin hat die Kommune ein arbeitsmarktpolitisches Konzept zu erstellen. Diese Aufgabe kann nicht durch das Jobcenter erfolgen. Auch der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung hat klar geregelte Aufgaben.

Zur dargestellten CO₂-Bilanz sagte **Frau Dr. Brock**, dass gewisse finanzielle Mittel für beschlossene Anträge nicht im Haushaltsplanentwurf 2020 vorgesehen sind. Beispielhaft nannte sie 100 nicht gepflanzte Bäume, 10 T Euro für ein Konzept der Lastenradförderung, 77 T Euro für Fassadenbegrünung und gestrichene 300 T Euro zur Ertüchtigung der Grünflächen. All dies werde die Fraktion als Änderungsantrag zum Haushalt einbringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagt, dass der Haushalt mit der heutigen Vertagung blockiert wird. Änderungsanträge hätten längst zum Haushalt gestellt werden können.

Es gab keinen weiteren Wortmeldungen zum Bericht des Oberbürgermeisters.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.3 **Neuausrichtung des Präventionsrates** **Vorlage: VII/2019/00697**

zu 7.3.1 **Änderungsantrag der Freien Demokraten zur Neuausrichtung des Präventionsrates (VII/2019/00697)** **Vorlage: VII/2019/00763**

Herr Wolter verwies die Vorlage in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und Hauptausschuss. Bestimmte Unklarheiten und Ungenauigkeiten in den Formulierungen machen eine Beratung in den Fachausschüssen nötig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies ein guter Vorschlag ist.

Herr Eigendorf verwies die Vorlage weiter in den Jugendhilfeausschuss und in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass gemäß der Zuständigkeitsordnung allein der Hauptausschuss hier als Fachausschuss zur Beratung in Betracht kommt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und Hauptausschuss,
sowie durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und Jugendhilfeausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses III/2001/01855 (Halle-Sicherheit durch Verantwortung "Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration") vom 12.12.2001.
2. Der Stadtrat beschließt das vom Präventionsrat erarbeitete und einstimmig empfohlene Konzept zu dessen Neuausrichtung (Anlage).
3. Der Präventionsrat soll seine Arbeit im ersten Quartal 2020 aufnehmen.

**zu 7.3.1 Änderungsantrag der Freien Demokraten zur Neuausrichtung des Präventionsrates (VII/2019/00697)
Vorlage: VII/2019/00763**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und Hauptausschuss,
sowie durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und Jugendhilfeausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses III/2001/01855 (Halle-Sicherheit durch Verantwortung "Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Integration") vom 12.12.2001.
2. Der Stadtrat beschließt das vom Präventionsrat erarbeitete und einstimmig empfohlene Konzept zu dessen Neuausrichtung (Anlage). **Ergänzend zu den in dem Konzept genannten Arbeitsgruppen (AGs), soll eine AG Trinken im öffentlichen Raum eingesetzt werden.**

3. Der Präventionsrat soll seine Arbeit im ersten Quartal 2020 aufnehmen.

**zu 7.5 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2018
Vorlage: VII/2019/00532**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2018 mit einer Bilanzsumme von 1.907.309.672,19 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.074.034,66 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2018 die Entlastung.

**zu 7.6 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Soziales
Vorlage: VII/2019/00607**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.31331 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach § 4 AsylbLG (HHPL Seite 948)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 600.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 963)

Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 600.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.31321 Grundleistungen Aufgaben nach § 3 AsylbLG (HHPL Seite 945)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 600.000 EUR.

**zu 7.7 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00508**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1137)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **1.623.782 EUR**.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1141)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **1.623.782 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkte:

1.31210 Leistungen für KdU (HHPL Seite 931)
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **1.623.782 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

19_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 963)
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von **1.623.782 EUR**.

**zu 7.8 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB 24 Immobilien
Vorlage: VII/2019/00631**

Herr Nette fragte, ob hier eine Baugrunduntersuchung stattgefunden hat.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass eine Baugrunduntersuchung erfolgt ist. Die finanziellen Mittel zur Entsorgung der Altlasten erhält die Stadt vom Land.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.11174 Immobilienbewirtschaftung (HHPL Seite 868)
Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.970.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 875)
Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 1.970.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.11174 Immobilienbewirtschaftung (HHPL Seite 868)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.970.000 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

Finanzstelle 19_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 875)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.970.000 EUR

zu 7.9 Baubeschluss GRW-Maßnahme Elsterradweg Regensburger Straße Vorlage: VII/2019/00348

Herr Streckenbach sagte, dass die Regensburger Straße eine der gefährlichsten Straßen im Stadtgebiet ist und der Handlungsbedarf sehr groß ist. Mit dem Eigenanteil der Verwaltung in Höhe von 100 T Euro hätte man auch die fehlenden Fußwege in Radewell ertüchtigen können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand fragte nach, ob seiner Meinung nach alle Maßnahmen, die auf der Regensburger Straße geplant sind, zurückgestellt werden sollten und so lange gewartet werden soll, bis die komplette Regensburger Straße ertüchtigt wird.

Herr Streckenbach verneinte dies. Probleme müssen gelöst werden, unabhängig der Errichtung der Umgehungsstraße. Es wäre wünschenswert, wenn solche Beschlüsse frühzeitig in die Fachausschüsse zur Beratung gelangen, damit man einen zweimonatigen Vorlauf zur Diskussion hätte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Elsterradweg Regensburger Straße.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

zu 7.10 Baubeschluss GRW-Maßnahme Salinebrücke
Vorlage: VII/2019/00429

Herr Feigl sagte, dass solche Maßnahmen vorab intensiver beraten werden sollten und nicht unter Zeitdruck, wenn bereits das Ende der Frist zur Förderung bevorsteht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt unter Abänderung des Baubeschlusses vom 29.06.2011 (Beschlussvorlage V/2011/09790) die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Salinebrücke.
2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

zu 7.11 Baubeschluss GRW-Maßnahme Neubau Sandangerbrücke
Vorlage: VII/2019/00433

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Neubau Sandangerbrücke.
2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

zu 7.12 Baubeschluss zum Quartiersspielplatz Unstrutstraße
Vorlage: VII/2019/00402

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Neugestaltung des Quartiersspielplatzes Unstrutstraße auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Quartiersspielplatzes Unstrutstraße.

**zu 7.13 Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00226**

Herr Senius sagte, dass die SPD-Fraktion dem Aufstellungsbeschluss gegenwärtig nicht zustimmen wird. Man möchte sich nicht der Erweiterung von Wohngebieten in Halle-Dölau verschließen, sondern der Beschluss kommt nicht zur passenden Zeit. Im Juni 2018 wurde der Aufstellungsbeschluss 186 beschlossen, Erschließung der Neuragozystraße. Der Aufstellungsbeschluss liegt noch nicht vor, demzufolge auch nicht der Abwägungsbeschluss. Eine mögliche Bebauung und entsprechende Nachfrage ist ungewiss.

Herr Rebenstorf antwortete, dass bereits viele Bürgerinnen und Bürger aus Halle weggezogen sind, weil der Bedarf nach eigenem Wohnraum nicht gedeckt werden kann. Die Verwaltung ist aber auch bestrebt, neue Gartenstadtbereiche zu entwickeln und Grün zu schaffen. Der Bedarf nach Wohnraum kann nicht gedeckt werden, wenn man diese Fläche jetzt nicht bebaut.

Herr Feigl sagte, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Vorlage nicht zustimmen wird. Es ist verfehlte Politik weiter wertvolles Ackerland zuzubauen. Es muss attraktiver Wohnraum im Stadttinnern geschaffen werden. Das Stadtzentrum muss zum Wohnen attraktiver sein als der Stadtrand. Man kann nicht einzelnen Bedarfen nachgeben, nur damit diese in der Stadt bleiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass das ein falsches Signal ist. Bereits vor vielen Jahren habe man viele Hallenser an den Saalekreis verloren, weil der Bedarf nach eigenem Wohnraum nicht gedeckt werden konnte. Halle (Saale) ist nunmehr wieder größte Stadt in Sachsen-Anhalt, der Zuzug ist hoch, weil man dem Bedarf nachkommt.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass diese Fläche bei so einem geringen Erschließungsaufwand nicht geeignet ist. Sie fragte, warum nicht vorab eine Schallimmissionsprognose in Auftrag gegeben wird, ehe man den Aufstellungsbeschluss beschließt. Man könnte auch in Heide-Nord bereits versiegelte Flächen für solche Bedarfe nutzen. Jetzt wertvolles Ackerland zu versiegeln, ist nicht der richtige Weg.

Herr Rebenstorf sagte, dass Halle mit 240.000 Einwohnern mit 135 Quadratkilometern ein sehr kleines Stadtgebiet hat. Die Stadt Erfurt hat beispielsweise bei 210.000 Einwohnern ein Stadtgebiet von 260 Quadratkilometern. Da sieht das Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Stadtgröße bei weitem anderes aus als in Halle. Die bebaute Stadt geht bis an die Stadtgrenze heran.

Herr Bernstiel sagte, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Man muss sich über die Aussagen der Fraktion Die Grüne wundern, welche die Stadt hinsichtlich Bebauung einfrieren möchte. Es wird mit Verdichtung im Stadttinneren argumentiert. Beim Wohnpark Pauluspark oder Waldschlösschen Dölau wurde dagegen aktiv gegen eine Verdichtung argumentiert.

Herr Feigl sagte, dass man moderne Wohnkonzepte für die Zukunft aufstellen möchte. Es gibt bereits viele Projekte, wo es eine Verdichtung aus der Mitte gibt. Hier muss angesetzt werden. Bei jedem Standort muss das angemessene Maß berücksichtigt werden. Sowohl in Dölau als auch beim Pauluspark hat man ein gutes Ergebnis der Verdichtung erzielt. Seine Fraktion möchte nichts verhindern und man kämpfe auch um Einwohner in der Stadt, aber der nötige Preis muss mit berücksichtigt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Fraktion der Grünen mit dieser Aussage Maßstäbe gesetzt hat. Man werde sehen, ob die Grünen überhaupt bei irgendeinem Wohnprojekt zustimmen werden. Bislang ist das nicht geschehen.

Herr Wolter sagte, dass die Fraktion MitBürger & Die PARTEI der Vorlage zustimmen wird. Er lobte die Verwaltung, da der vorliegende Beschluss auf dem wohnungspolitischen Konzept und dem ISEK beruht.

Frau Mark sagte, dass zwischen zweierlei Bedarfen zu unterscheiden ist, dem Bedarf nach Mehrfamilienhäusern im Stadtinneren und dem Bedarf nach Einfamilienhäusern in Stadtrandlage. Anliegen aller ist immer eine Verbesserung des ÖPNV, der Radwege, Kultur etc., Grunderfordernis ist an erster Stelle Wohnraum. Es bedarf Wohnraum, damit Menschen nach Halle kommen und hier wohnen wollen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie ließ das Stimmverhalten auszählen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
30 Ja Stimmen
19 Nein Stimmen
1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 200 „Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage Nr.2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,21 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

zu 7.15 Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2024
Vorlage: VII/2019/00016

zu 7.15.2 Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Sportstättenentwicklungskonzeptes 2020 - 2024 (VII/2019/00016)
Vorlage: VII/2019/00703

- Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. –

Frau Müller

7.15 - Sportstättenentwicklungskonzept 20 bis 24. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist zurückgezogen im Sportausschuss. Und es gibt einen Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Die Linke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Helmich, bitte.

Herr Helmich

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben sehr ausführlich auch im Ausschuss nochmal über die Vorlage der Verwaltung diskutiert und in der darauffolgenden Sitzung jetzt im Sportausschuss in diesem Monat dazu einen sehr umfangreichen Änderungsantrag zum Entwurf der Sportstättenentwicklungsplanung eingereicht. Ich möchte mich an dieser Stelle bedanken bei allen Fraktionen, insbesondere auch bei der CDU, die ihren Änderungsantrag, nachdem wir ja wesentliche Passagen in unseren gemeinsamen Änderungsantrag übernommen haben, auch dem beigetreten ist, und ihren zurückgezogen hat. Das hat eine sehr positive Zusammenarbeit in diesem Ausschuss zu dem gemeinsamen Thema, dem Sport und die Sportstätten in Halle voranzubringen. Ich möchte nicht jeden einzelnen Punkt nochmal aufgreifen. Aber grundsätzlich sei gesagt, wir haben die Verwaltung beauftragt, ein Sportstättenentwicklungskonzept einzubringen als Entwurf. Das hat sie getan. Wir haben aber an einigen Stellen Änderungs- und Verbesserungsbedarf erkannt und deswegen diesen Änderungsantrag mit relativ umfänglichen Punkten nochmal eingebracht. Unter anderem natürlich die Frage, wie groß und umfänglich soll eigentlich die Betrachtung von Sportstätten sein. Gucken wir nur auf die Turnhallen, die im städtischen Besitz sind oder gehen wir weiter mit Chance auf kommerziellen Terrain um, was also umfänglich in dieser Stadt im Sport vorhanden ist. Das wollen wir und das ist ein Teil dieses Änderungsantrages. Grundsätzlich, natürlich auch, Weiterentwicklung bedeutet Standorte auch weiterzuentwickeln. Da haben wir einige Projekte auch benannt. Am Kinderdorf ist eines davon. Wir haben Projekte, die auch schon beschlossen sind. Die gehören natürlich auch in eine Gesamtbetrachtung.

Was uns, also, was meiner Fraktion, der Grünen, wichtig war, dass wir nicht nur eine auf den ersten Olympiazzyklus, also auf vier Jahre beschränkte Betrachtung durchführen, die natürlich sehr stark auf den Leistungs- und Profisport fokussiert ist, was auch seine absolute Berechtigung hat, sondern auch, weil wir alle wissen, wie lange Prozesse von Planung bis zu Bau und Fertigstellung von Sportstätten dauert, auch eben acht Jahre, also 4 + 4, um es mal so zu sagen, sich anzuschauen, wie wir die dann über acht Jahre eine mittelfristige Planung durchführen. Dazu noch viele andere Punkte. Ich möchte nicht alle erwähnen. Aber wir haben und da möchte ich kurz auf die Erwiderung der Verwaltung antworten. Die Stellungnahme war, die Begründung der Ablehnung, Ablehnungsempfehlung: Der Änderungsantrag formuliert keine Änderung zur Beschlussvorlage, sondern zielt auf einen neu zu erarbeitenden Neufassung des Konzept ab. Das möchte ich ausdrücklich unterstützen. Das ist so. Aber das war, wenn ich mich recht entsinne, auch das Ziel, eine Diskussionsgrundlage, dass man sie gemeinsam weiterentwickelt. Natürlich, werden wir das Spiel jetzt nicht immer spielen. Also, wenn der nächste, also, der verbesserte Entwurf möchte ich nicht sagen, weil der Entwurf war an sich ja nicht schlecht, kommt, werden wir natürlich mit Änderungsanträgen arbeiten. Ich habe aber vollstes Vertrauen in die Verwaltung, dass sie sehr gut erkennt, auch an den relativ konkreten Punkten, was wir uns wünschen für die Neufassung. Und dann finden wir auch sicherlich im ersten Halbjahr ein Ende dieses Prozesses und können dann acht Jahre lang in die Zukunft unserer Sportstätten gucken und deshalb bitte ich um die Zustimmung zu dem Änderungsantrag und zu der Gesamtvorlage.

Frau Müller

Vielen Dank, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nochmal auf das Grundanliegen unserer Fraktion hinweisen. Wir haben uns ja in einem gemeinsamen Antrag jetzt zusammengefunden. Das ist, das wir in einem Sportstättenentwicklungskonzept uns nicht allein auf die Immobilien und auf die Sportstätten konzentrieren können, die im Eigentum der Stadt sind, sondern dass wir den Sport als ein Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge begreifen müssen und dass wir deshalb auch Auskunft geben müssen in über Sportstätten, die beispielsweise vertraglich von kommunalen Unternehmen bewirtschaftet werden, wie aber auch Sportstätten, die als private Investitionen mit einer erheblichen öffentlichen

Förderung aufgebaut worden sind.

Ich freue mich, dass es da im Sportausschuss Geschlossenheit gab in dieser Sichtweise und ich bin auch froh, dass wir in dem Streitpunkt, den wir eine Zeit lang mit den Grünen hatten, ein Konsens gefunden haben. Es ist klar, wir können nicht in die Unendlichkeit planen und wir können auch der Verwaltung nicht zumuten, dass sie bis in die Unendlichkeit plant. Das heißt, wir brauchen zunächst einmal den Vierjahreszeitraum und stimmen aber zu, dass gewissermaßen der nächste Olympiazzyklus schon mit im Blick sein muss, damit das Gesamtkonzept auch über die unmittelbare Tagesaktualität hinausgeht. Kurz gesagt, wir können den Antrag jetzt, der ja ein Überarbeitungsauftrag an die Stadtverwaltung ist, wie Herr Helmich sagte, denke ich, als Stadtrat mit gutem Gewissen zustimmen.

Frau Müller

Vielen Dank. Gibt es weiteren Redebedarf? Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Bergner, ich kann das gut alles nachvollziehen. Ich gebe aber zu bedenken, dass die Auswertung, gerade speziell für den Leistungssport und für den SV Halle, für den Sie auch hier mit sprechen, die Auswirkungen, welche Sportstätten dann benötigt werden nach der Olympiade, nach der Auswertung, erst dann erfolgen. Und wenn Sie uns sagen, wir sollen dann bis Oktober vorlegen, dann ist das ein relativ kurzer Zeitpunkt. Das kann ich Ihnen hier, das sage ich so deutlich, nicht zusagen, denn es macht erst Sinn, die Auswertung abzuwarten, die es uns ermöglicht, zu sagen: Ja, was wird denn eigentlich hier in der Stadt dann Olympiastützpunkt oder Bundes-Leistungstützpunkt. Das heißt, dieser Oktober erscheint mir daraufhin, aufgrund der Olympiade, sehr knapp. Also, dass man dann dieses Ganze dann auch mit einarbeitet und da bitte ich um Verständnis. Wenn wir uns so verständigen können. Ich teile das, aber die Bitte, nicht Oktober, das kriegen wir nicht hin.

Frau Müller

Ich sehe keinen weiteren Redebedarf. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von den Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, Die Linke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU abstimmen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltung. Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Dann lasse ich jetzt über die so geänderte Vorlage abstimmen zum Sportentwicklungskonzept. Wer stimmt der so geänderten Vorlage zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltung. Auch hier bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist die Vorlage mehrheitlich so angenommen.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 7.15 Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2024
Vorlage: VII/2019/00016**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt das von der Stadtverwaltung vorgelegte Sportstättenentwicklungskonzept 2020 – 2024 (Vorl. Nr.: VII/2019/00016) als Entwurf zur Kenntnis.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtsportbund den vorgelegten Entwurf des Sportstättenentwicklungskonzeptes 2020 – 2024 zu überarbeiten und um einen weiteren Planungshorizont bis 2028 zu ergänzen. Das neue Konzept ist dem Stadtrat im Oktober 2020 vorzulegen.
3. Folgende Aspekte sollen im Sportstättenentwicklungskonzept beachtet werden:
 - Einbezug der Schwimmhallen, Bäder, Natur- und Freibäder in die konzeptionellen Planungen;
 - Berücksichtigung von Sportstätten Dritter, die im Rahmen von Investitionen und/oder der Unterhaltung mit kommunalen Mitteln gefördert wurden und werden;
 - Angaben zur Absicherung des zukünftigen Betriebes von Stadien und Sporthallen;
 - Entwicklung von Sportstätten für Angebote des Rehabilitations- und Gesundheitssportes;
 - Entwicklung neuer Standorte wie bspw. „Am Kinderdorf“ in Halle-Neustadt;
 - Bewertung jedes Vorhabens auf Pachtobjekten nach sportfachlicher Notwendigkeit und nach Realisierungsvoraussetzungen des Vereins;
 - Darstellung der Maßnahmen, die aus den Zielen des Sportprogramms abgeleitet werden (Ziel-Maßnahme-Zusammenhang);
 - Berücksichtigung neuer Sportarten/Trendsportarten;
 - Einbezug von frei zugänglichen Sportflächen, die im Rahmen des nicht organisierten Sports genutzt werden;
 - Einbezug der Ergebnisse der Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 „Was geht?“;
 - Standortbestimmung zum Nachwuchsleistungs- und Spitzensport in Halle als Grundlage konzeptioneller Entscheidungen für die Entwicklung der Sportstätten;
 - Verpflichtungen zur Sportstättenbereitstellung, die sich aus dem Anliegen der Leistungssportförderung, insbesondere aus dem Standortsicherungsvertrag mit dem Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt ergeben;
 - Entwicklung digitaler und transparenter Verfahren zur Nutzung und Vergabe kommunaler Sportstätten;
 - Entwicklung transparenter Maßstäbe für die Bewertung im Rahmen der Prioritätensetzung bei Investitionsmaßnahmen auf kommunalen Sportstätten.

**zu 7.15.2 Änderungsantrag der Fraktionen MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Sportstättenentwicklungskonzeptes 2020 - 2024 (VII/2019/00016)
Vorlage: VII/2019/00703**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

~~Der Stadtrat beschließt das Sportstättenentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) 2020–2024.~~

~~Der Einsatz von finanziellen Mitteln für Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierungsmaßnahmen sowie Neubau von Sportinfrastruktur soll zukünftig nach den in diesem Konzept erarbeiteten Kennziffern und Kriterien in Abhängigkeit der zur Verfügung~~

~~stehenden Haushaltsmittel erfolgen, wobei Maßnahmen zur Verkehrssicherung und Gefahrenabwehr gesondert und prioritär behandelt werden sollen.~~

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt das von der Stadtverwaltung vorgelegte Sportstättenentwicklungskonzept 2020 – 2024 (Vorl. Nr.: VII/2019/000016) als Entwurf zur Kenntnis.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Stadtsportbund den vorgelegten Entwurf des Sportstättenentwicklungskonzeptes 2020 – 2024 **zu überarbeiten und um einen weiteren** unter dem neuen Planungshorizont **bis „Sportstättenentwicklungskonzept 2030“ zu überarbeiten** **ergänzen**. Das neue Konzept ist dem Stadtrat im Oktober 2020 vorzulegen.
3. Folgende Aspekte sollen im Sportstättenentwicklungskonzept ~~2030~~ beachtet werden:
 - Einbezug der Schwimmhallen, Bäder, Natur- und Freibäder in die konzeptionellen Planungen;
 - Berücksichtigung von Sportstätten Dritter, die im Rahmen von Investitionen und/oder der Unterhaltung mit kommunalen Mitteln gefördert wurden und werden;
 - Angaben zur Absicherung des zukünftigen Betriebes von Stadien und Sporthallen;
 - Entwicklung von Sportstätten für Angebote des Rehabilitations- und Gesundheitssportes;
 - Entwicklung neuer Standorte wie bspw. „Am Kinderdorf“ in Halle-Neustadt;
 - Bewertung jedes Vorhabens auf Pachtobjekten nach sportfachlicher Notwendigkeit und nach Realisierungsvoraussetzungen des Vereins;
 - Darstellung der Maßnahmen, die aus den Zielen des Sportprogramms abgeleitet werden (Ziel-Maßnahme-Zusammenhang);
 - Berücksichtigung neuer Sportarten/Trendsportarten;
 - Einbezug von frei zugänglichen Sportflächen, die im Rahmen des nicht organisierten Sports genutzt werden;
 - Einbezug der Ergebnisse der Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 „Was geht?“;
 - Standortbestimmung zum Nachwuchsleistungs- und Spitzensport in Halle als Grundlage konzeptioneller Entscheidungen für die Entwicklung der Sportstätten;
 - Verpflichtungen zur Sportstättenbereitstellung, die sich aus dem Anliegen der Leistungssportförderung, insbesondere aus dem Standortsicherungsvertrag mit dem Olympiastützpunkt Sachsen-Anhalt ergeben;
 - Entwicklung digitaler und transparenter Verfahren zur Nutzung und Vergabe kommunaler Sportstätten;
 - Entwicklung transparenter Maßstäbe für die Bewertung im Rahmen der Prioritätensetzung bei Investitionsmaßnahmen auf kommunalen Sportstätten.

**zu 7.17 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2020 bis 31.12.2021
Vorlage: VII/2019/00199**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung als Teilplanung der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII für den Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2021. (Anlage 1)
2. Der Stadtrat beschließt die gesetzliche Förderung gemäß § 11a KiFöG der im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen und stellt die Finanzierung im Haushalt 2020 und 2021 sicher. (Anlagen 2a und 2b)

**zu 7.19 Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2019/00496**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Fachbereich Rechnungsprüfung versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2018 wird wie folgt festgestellt:

Feststellung des Jahresabschlusses

1. Bilanzsumme	8.115.195,16 EUR
1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf	
• das Anlagevermögen	30.032,31 EUR
• das Umlaufvermögen	8.080.639,20 EUR
1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf	
• das Eigenkapital	37.046,30 EUR
• den Sonderposten	580.774,41 EUR
• die Rückstellungen	111.284,96 EUR
• die Verbindlichkeiten	7.386.089,49 EUR
2. Jahresüberschuss	0,00 EUR
3. Summe der Erträge	7.061.283,66 EUR

4. Summe der Aufwendungen 7.061.283,66 EUR

II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2018 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

**zu 7.21 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB Bauen, Bereich Bauordnung
Vorlage: VII/2019/00543**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.52101 Baugenehmigung (HHPL Seite 589)
Sachkontengruppe 52* Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 200.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_2-660_1 Bauordnung (HHPL Seite 594)
Finanzpositionsgruppe 72* Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 200.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.52101 Baugenehmigung (HHPL Seite 589)
Sachkontengruppe 43* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 200.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

19_2-660_1 Bauordnung (HHPL Seite 594)
Finanzpositionsgruppe 63* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 200.000 EUR.

zu 7.22 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im Fachbereich Bildung
Vorlage: VII/2019/00638

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1137)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 2.017.737 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1141)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 2.017.737 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgenden Produkten:

1.31210 Leistungen für KdU (HHPL Seite 931)
Sachkontengruppe 54* Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.700.000 EUR

1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (HHPL Seite 1137)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 221.421 EUR

1.36201 Jugendarbeit (HHPL Seite 1105)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 7.122 EUR
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 13.500 EUR

1.23101 Berufsbildende Schulen (HHPL Seite 1002)
Sachkontengruppe 44* Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 75.694 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

19_4_500 FB Soziales (HHPL Seite 963)
Finanzpositionsgruppe 74* Sonstige Auszahlungen in Höhe von 1.700.000 EUR

19_4-510_2 Jugend (HHPL Seite 1141)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 228.543 EUR
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 13.500 EUR

19_4-510_1 Schulen (HHPL Seite 1015)
Finanzpositionsgruppe 64* Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 75.694 EUR.

zu 7.23 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2019/00725

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von der KIRE Management GmbH, Blumenstraße 1, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 1.500,00 € für den Hort der Grundschule „Wittekind“. (PSP-Element 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
2. Geldspende von Freunden und Förderer der Grundschule Dölau e.V., Querstraße 1, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 11.781,00 € für die Sanierung des Schulhofes der Grundschule Dölau. (PSP-Element 8.211010.64.700.500 – Grundschule Dölau)
3. Änderung des Beschlusses der Stadtratsvorlage VI/2019/05260 vom 26.06.2019 Punkt 8 bezüglich der Geldspende von der Saalesparkasse, Rathausstraße 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 10.000,00 € (PSP-Element 1.28107 – Laternenfest)
4. Geldspende vom Lions Förderverein Halle / Saalkreis, Rathausstraße 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 20.000 Euro für die Outdoor-Fitnessanlage auf der Würfelwiese (PSP-Element 1.55102 – Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze)
5. Geldspende von Diana und Jürgen Fox, Wilhelm-Külz-Straße 19, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 2.500 Euro für die Outdoor-Fitnessanlage auf der Würfelwiese (PSP-Element 1.55102 – Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze)
6. Geldspende von Christoph Bernstiel, Halle (Saale) in Höhe von 2.500 Euro für die Outdoor-Fitnessanlage auf der Würfelwiese (PSP-Element 1.55102 – Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze)

Die Sitzung wurde für eine 30-minütige Pause unterbrochen.

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte
Vorlage: VII/2019/00481**

**zu 8.4.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte* - Vorlage: VII/2019/00481
Vorlage: VII/2019/00757**

Frau Dr. Brock führte in den Antrag ein. Sie zitierte aus zwei Stellungnahmen städtischer Unternehmen, welche einer Mehrfamilienkarte zustimmen würden. Relevante Einnahmeausfälle werden nicht gesehen.

Frau Brederlow sagte, dass die finanziellen und personellen Folgen nicht geklärt sind. Die Verwaltung begrüßt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Die Einführung einer Familienkarte wird unterstützt, aber die Rahmenbedingungen müssen klar geregelt sein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass neue zusätzliche Aufgaben im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nicht zulässig sind. Positiv ist der Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Herr Scholtyssek sagte, dass man gern familienreiche Familien unterstützen möchte. Um dies in praktische Politik umzusetzen, ist ein entsprechendes Konzept nötig. Die Familienkarte sollte so gestaltet sein, dass die Zugehörigkeit der Kinder zur Familie nachweisbar ist. Die Ausstellung einer solchen Karte kann ebenso mit einer Verwaltungsgebühr einhergehen. Zu prüfen sei die Bereitschaft städtischer Unternehmen für eine Mehrfamilienkarte. Dadurch entstehende Einnahmeausfälle sollten ebenso erfasst werden. Er warb um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Frau Hintz sagte, dass es nicht unbedingt eine Mehrfamilienkarte sein müsste, sondern schlug eine Mehrkindkarte vor. Es gibt Familienmitglieder, die bereit sind, mit mehreren Kindern Kultur- und Sporteinrichtungen zu besuchen. Dies unabhängig der Betrachtung, ob es halbesche Kinder sind. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist zustimmungswürdig. Der Änderungsantrag wird seitens der SPD-Fraktion nicht unterstützt.

Herr Helmich sagte, dass bei Familienkarten (2 Erwachsene, 2 Kinder) auch nicht geprüft wird, ob es sich um die eigenen Kinder handelt. Bei Patchwork-Familien kann die Zugehörigkeit auch nicht überprüft werden, hier tragen die Kinder verschiedene Familiennamen. Mit solchen Einschränkungen wird das eigentlich simple Verfahren erschwert.

Herr Schied sagte, dass eine Mehrkindfamilienkarte viele Chancen für kinderfreundliche Familien bietet, kulturelle und sportliche Einrichtungen zu besuchen, die sie bislang nicht besuchen konnten. Er sagte, dass lediglich 11-12 % betroffen sind, die mehr als zwei Kinder haben. Es ist eine Diskriminierung von Familien mit mehr als zwei Kindern, dass diese ihre Zugehörigkeit nachweisen sollen. Bei ein oder zwei Kindern hat kein Nachweis zu erfolgen, ob diese wirklich zur Familie gehören und diese können von Rabattierungen in Form von Familienkarten Gebrauch machen.

Herr Raue sagte, dass es grundsätzlich gut ist, Familien mit Kindern zu unterstützen. Es wäre wichtig, alle Familien zu fördern, unabhängig der Anzahl der Kinder. Die AfD-Fraktion unterstützt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Herr Wolter sagte, dass das Ansinnen der antragstellenden Fraktion nachvollziehbar ist. Die Diskussion in den Fachausschüssen hat gezeigt, dass der Antrag inhaltlich nicht ausgewogen ist. Er sagte, dass Eintrittspreise für kulturelle Einrichtungen an anderer Stelle geregelt werden. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist wesentlich zielführender.

Herr Menke wies auf Diskrepanzen zur Definition von Familie hin. Der Antrag ist zu unbestimmt. Er kann diesen nicht unterstützen.

Frau Dr. Brock sagte, dass Familien mit ein oder zwei Kindern bereits in Familienkarten inkludiert sind. Es geht lediglich um die Familien, die drei oder mehr Kinder haben und diese mittels einer Mehrkindfamilienkarte zu unterstützen.

Herr Schöder sagte, dass die Intention gut ist, aber qualifiziert werden muss.

Herr Schaper stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte, welchen Frau Müller zur Abstimmung stellte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Frau Müller bat um Abstimmung des Änderungsantrages und anschließend um Abstimmung der geänderten Vorlage.

zu 8.4.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte* - Vorlage: VII/2019/00481**
Vorlage: VII/2019/00757

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Antrag erhält die folgende Fassung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Familienkarte Halle (Saale) zu prüfen. Diese soll ab drei Kindern als Dokument zum namentlichen Nachweis der zu einer Familie gehörenden Kinder dienen.
2. Im Rahmen der Prüfung soll u.a. der Verwaltungskostensatz zur Deckung des Verwaltungsaufwandes für das Ausstellen der Familienkarte ermittelt werden.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bereitschaft städtischer Unternehmen zur Gewährung dieses Familienrabattes zu eruieren.
4. Im Rahmen der Prüfung sind auch die zu erwartenden Einnahmeausfälle zu beziffern.

5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat Ende des 2. Quartals 2020 über das Prüfergebnis zu informieren.

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Mehrkindfamilienkarte
Vorlage: VII/2019/00481**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Familienkarte Halle (Saale) zu prüfen. Diese soll ab drei Kindern als Dokument zum namentlichen Nachweis der zu einer Familie gehörenden Kinder dienen.
2. Im Rahmen der Prüfung soll u.a. der Verwaltungskostensatz zur Deckung des Verwaltungsaufwandes für das Ausstellen der Familienkarte ermittelt werden.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bereitschaft städtischer Unternehmen zur Gewährung dieses Familienrabattes zu eruieren.
4. Im Rahmen der Prüfung sind auch die zu erwartenden Einnahmeausfälle zu beziffern.
5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat Ende des 2. Quartals 2020 über das Prüfergebnis zu informieren.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00478**

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00755**

**zu 8.17 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“
Vorlage: VII/2019/00463**

Herr Feigl sagte, dass der Änderungsantrag überflüssig und abzulehnen ist.

Herr Raue brachte den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag unter TOP 8.17 ein.

Herr Wolter bat um Erklärung, da unter dem Tagesordnungspunkt 11.2 eine sinngleiche Anregung der SPD-Fraktion vorliegt.

Herr Eigendorf erklärte, dass der Beschlusspunkt 2 im Antrag 8.17 aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung gestrichen wurde. Diese Streichung ist zur Anregung umformuliert und steht unter TOP 11.2. Der Antrag wird aufrechterhalten.

Herr Bernstiel bat um Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine solche technische und wirtschaftliche Prüfung immer vorab erfolgt und daher der Änderungsantrag obsolet ist.

Frau Müller bat im Weiteren um Abstimmung.

**zu 8.5.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00755**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei geeigneten städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben künftig obligatorisch den Einbau von Regenwasserrückhaltesystemen zu prüfen und das Prüfergebnis im Rahmen der Behandlung der Baubeschlussvorlagen mitzuteilen.

Der mögliche Einbau von Regenwasserrückhaltesystemen muss auf die Aspekte von technischer Umsetzbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, einer positiven ökologischen Bilanz und der Ressourcenschonung stehen Rücksicht nehmen und auf diese geprüft werden. Sollte sich die Absehbarkeit erheblicher Defizite oder Nachteile für das Bauprojekt, Umwelt oder anderer Prüfkriterien ergeben, ist der Einbau der betreffenden Regenwasserrückhaltesysteme abzuwägen.

**zu 8.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bau von
Regenwasserrückhaltesystemen
Vorlage: VII/2019/00478**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei geeigneten städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben künftig obligatorisch den Einbau von Regenwasserrückhaltesystemen zu prüfen und das Prüfergebnis im Rahmen der Behandlung der Baubeschlussvorlagen mitzuteilen.

**zu 8.17 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines neuen urbanen Strategiefeldes „Nachhaltiges Regenwassermanagement“
Vorlage: VII/2019/00463**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein neues Strategiefeld „Nachhaltiges Regenwassermanagement“ konzeptionell zu entwickeln und in Verwaltungshandeln umzusetzen.
2. Die personellen und finanziellen Auswirkungen sind dem Stadtrat bis zur Sitzung im März 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Aufstellung von Parkbänken an den Wegen der sogenannten „Hundewiesen“ an der Rigaer Straße
Vorlage: VII/2019/00292**

Herr Heym brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo und in welcher Anzahl Parkbänke an den Wegen der in als „Hundewiesen“ (Google Maps) bezeichneten Grünanlage an der Rigaer Straße aufgestellt werden können, um diese der Naherholung dienenden Anlage für alle Nutzer aufzuwerten.
2. Das Ergebnis wird dem Stadtrat bis spätestens in seiner Sitzung am 25. März 2020 bekanntgegeben.

**zu 8.7 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00290**

Herr Heym brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass eine Behandlung im Zuge der Haushaltsberatungen gut wäre.

Herr Heym sagte, dass man bereit wäre, dies unter Haushaltsvorbehalt zu stellen, um sich dann um eine Finanzierung mittels Spenden zu bemühen.

Frau Dr. Marquardt verwies auf die Diskussion im Kulturausschuss, wonach Kulturschaffende selbst solche Projekte vorschlagen und sich dann bei der Verwaltung um eine Förderung bemühen sollten. Es ist nicht Aufgabe der Verwaltung, Kunstprojekte umzusetzen. Neue Projekte in der vorläufigen Haushaltsführung sind nicht realisierbar.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Frau Müller bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Realisierung eines Videokunstprojekt mit dem Arbeitstitel „Halle im Wandel, vom Sozialismus in die Gegenwart,“ **wobei die aus einem PKW in Halle gefertigte Amateuraufnahmen aus dem Jahr 1988, die unter dem Titel „Halle im Sozialismus - trist , grau und marode 1988“ https://www.youtube.com/watch?v=u_0zIUfUhXs im Internet veröffentlicht sind, mit aktuell gefertigten Aufnahmen der identischen Straßenzüge im direkten Vergleich in synchroner Darstellung nebeneinander gestellt werden**, anlässlich des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung bis spätestens zum 03. Oktober 2020 möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt geeignete Orte in der Stadt Halle zu suchen, an denen diese Videokunst dauerhaft auf Projektionsflächen oder Monitoren ausgestellt werden kann.
3. Die Stadtverwaltung prüft, ob Sie für die Realisierung dieses Kunstprojekts die Kunsthochschule Burg Giebichenstein gewinnen kann.

**zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00403**

Abstimmungsergebnis: **zurückgezogen**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Realisierung eines Videokunstprojekts mit dem Arbeitstitel „Halle im Wandel, ~~vom~~ **von der nationalsozialistischen Diktatur in den** Sozialismus **bis** in die Gegenwart“ anlässlich des **75. Jahrestages der Befreiung und des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung bis spätestens zum im Zeitraum von 08. Mai bis** 03. Oktober 2020 möglich ist
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt geeignete Orte in der Stadt Halle zu suchen, an denen diese Videokunst ~~dauerhaft~~ **regelmäßig** auf Projektionsflächen oder Monitoren ausgestellt werden kann.
3. Die Stadtverwaltung prüft, ob Sie für die Realisierung dieses Kunstprojekts die Kunsthochschule Burg Giebichenstein gewinnen kann.

zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00485

zu 8.19 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011
Vorlage: VII/2019/00431

Herr Wels sagte, dass zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle unter dem Tagesordnungspunkt 8.19 noch interner Gesprächsbedarf besteht und vertagte diesen daher.

Frau Dr. Schöps warb für den Antrag 8.9.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Überarbeitung der Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00485

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der veränderten klimatischen Bedingungen zu überarbeiten und dem Stadtrat bis Juni 2020 zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

zu 8.19 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Änderung der Baumschutzsatzung Halle (Saale) Stand 21.12.2011
Vorlage: VII/2019/00431

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Baumschutzsatzung Halle (Saale) mit dem Stand 21.12.2011 wie folgt zu ändern:

1) § 1 Satz 2 wird wie folgt erweitert:

Ziel dieser Satzung ist **die Erweiterung des Baumbestandes in der Stadt Halle, die Anpassung an die Bedingungen des Klimawandels zur** Sicherung einer nachhaltigen, weitgehend natürlichen, möglichst ungestörten Entwicklung des Baumbestandes, einschließlich eines arttypischen Wurzel- und Kronenaufbaus, im städtischen Bebauungszusammenhang und Freiraum.

2) § 3 Ziff. 4 wird wie folgt ersetzt:

Geschützt sind **alle Bäume, auch die** der Arten bzw. Hybriden und Zuchtformen: Eschenahorn (*Acer negundo*), Robinie (*Robinia pseudoacacia*) und Pappel.

3) § 9 Ziff. 1, Abs. 2 wird wie folgt erweitert:

Bei der Festlegung der Ersatzpflanzung sind **Zuschläge** unter Berücksichtigung der Eigenschaften des zu fällenden Baumes im Vergleich zu denen des vorgesehenen Ersatzbaumes **vorzunehmen**, insbesondere wegen abweichender Wuchseigenschaften, wie Kronenhöhe, -breite oder -volumen, Zustand und Alter des zu fällenden Baumes und sonstiger naturschutzfachlicher Werte. Die Regelungen des §15 (2) BNatSchG gelten sinngemäß.

4) § 9 Ziff. 2 wird wie folgt im ersten Satz erweitert:

Von der Festlegung, Ersatzpflanzungen zur Kompensation der Bestandsminderung vorzunehmen, **ist auch dann nicht** abzusehen, wenn der zu fällende Baum nur noch eine geringe oder keine Restlebensdauer erwarten lässt.

5) § 9 Ziff. 5 wird wie folgt erweitert:

Wird unter Verstoß gegen ein Verbot nach § 6 ein Baum geschädigt, **wird** der Verursacher verpflichtet, geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen zur Erhaltung des Baumes durchzuführen bzw. zu veranlassen. Ist dies nicht möglich oder nicht verhältnismäßig, **werden** Ersatzpflanzungen **in mindestens dreifacher Höhe** der Bestandsminderung i.S. von Absatz 1 bis 3 festgesetzt.

zu 8.10 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren
Vorlage: VII/2019/00483

zu 8.10.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & DIE PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren; Vorlagennr.: VII/2019/00483
Vorlage: VII/2019/00705

Frau Müller sagte, dass der Änderungsantrag übernommen wurde.

Herr Wolter bat um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 8.10.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & DIE PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren; Vorlagennr.: VII/2019/00483
Vorlage: VII/2019/00705

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Förderrichtlinien der Stadt Halle (Saale) dahingehend zu überarbeiten, dass ab 2020~~1~~ eine Antragstellung **und Abrechnung** auch online erfolgen kann. Die überarbeiteten Förderrichtlinien sind dem Stadtrat bis ~~Januar~~ **März** 2020 zum Beschluss vorzulegen.

zu 8.10 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Digitalisierung der Zuwendungsverfahren Vorlage: VII/2019/00483

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Förderrichtlinien der Stadt Halle (Saale) dahingehend zu überarbeiten, dass ab 2021 eine Antragstellung und Abrechnung auch online erfolgen kann. Die überarbeiteten Förderrichtlinien sind dem Stadtrat bis März 2020 zum Beschluss vorzulegen.

zu 8.15 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes ‚Fahrradhäuschen‘ Vorlage: VII/2019/00130

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag ein. Zur Frage der Finanzierung sagte sie, dass die Fahrradhäuschen durchaus auch Werbeträger sein könnten, dass Bürger der entsprechenden Wohngebiete bei der Farbgestaltung beteiligt werden könnten oder auch die kommunale Beteiligungen eingebunden werden könnten. Sie bat um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie ließ das Abstimmungsverhalten auszählen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

17 Ja Stimmen
18 Nein Stimmen
10 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Förderung und Durchführung für ein Pilotprojekt „Fahrradhäuschen“ zu erarbeiten.
- ~~2. Neben einer Bedarfsanalyse und darauf aufbauend der Auflistung möglicher Standorte für Fahrradhäuschen soll die Verwaltung eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeiten und bereits in den Haushalt 2021 eine Fördersumme von insgesamt 10.000 Euro einstellen.~~
3. Die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle soll in die Konzeptionierung des Designs hallespezifischer Fahrradhäuschen eingebunden werden.
4. Mit dem Jobcenter Halle (Saale) sollen Kooperationsmöglichkeiten bezüglich der Herstellung und Montage ausgelotet werden.

zu 8.16 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung einer Retter-App für Halle
Vorlage: VII/2019/00151

Frau Dr. Burkert sagte, dass die Sterblichkeit durch Herzerkrankungen in Sachsen-Anhalt die höchste in ganz Deutschland ist. Erste-Hilfe-Maßnahmen haben erste Priorität um Leben zu retten. Als Stadt sollte man mit der Digitalisierung mitgehen und die Prüfung einer entsprechenden Retter-App vornehmen. Sie warb für den Antrag.

Frau Ernst informierte, dass beim gestrigen Arbeitstreffen der Metropolregion Mitteldeutschland mit ärztlichen Leitern des Rettungsdienstes aus den Bereichen Landkreis Nordsachsen, Landkreis Leipzig und Stadt Halle (Saale) diese eine gemeinsame Absichtserklärung zur Einführung einer gebietskörperschaftübergreifenden Retter-App unterzeichnet haben. Diese soll im Bedarfsfall Ersthelfer neben dem Rettungsdienst zum Notfallort alarmieren. Die App-Basis soll das für die Bevölkerung bekannte System Katwarn bilden, welches bereits im Landkreis Anhalt-Bitterfeld stabil zur Anwendung kommt. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich im Januar erneut treffen.

Herr Scholtyssek stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Frau Mark sagte, dass der Antrag das bisherige Ansinnen unterstützt und der Prüfauftrag daher beschlossen werden sollte, um die Ergebnisse in das Arbeitstreffen aufnehmen zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Erledigung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Im Folgenden bat **Frau Müller** um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche sogenannten Rettungs-Apps für Halle in Frage kommen. Bei der Prüfung der Apps, in die insbesondere die Apps „Leipzig schockt“ und „Meine Stadt rettet“ einbezogen werden sollen, soll auch die Abstimmung mit allen relevanten Akteuren in der Metropolregion Mitteldeutschland gesucht werden.
2. Dem Stadtrat ist drei Monate nach Beschlussfassung dieses Antrages eine Informationsvorlage vorzulegen, in der die unterschiedlichen Apps qualifiziert miteinander verglichen werden (z. B. Prüfung Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit).
3. Die finanziellen Mittel zur Einrichtung und zur Pflege der App nach einem notwendigen, vorherigen Vergabebeschluss sind ab dem nächstmöglichen Haushaltsjahr zu hinterlegen.
4. Die Einführung der App soll durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne begleitet werden.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, erneut mit allen Behörden, Unternehmen, Einrichtungen usw. im Stadtgebiet Kontakt aufzunehmen und zu klären, inwiefern bereits ein AED-Gerät/Laiendefibrillator vor Ort zur Verfügung steht oder inwiefern ein solches Gerät angeschafft werden kann und wie sichergestellt werden kann, dass es öffentlich zugänglich ist.
6. Die Verwaltung soll in Absprache mit den Einrichtungen, in denen öffentlich zugängliche AED-Geräte/Laiendefibrillatoren zur Verfügung stehen, für eine Verbesserung der Ausschilderung sorgen.

**zu 8.20 Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur
touristenfreundlichen Beschilderung
Vorlage: VII/2019/00330**

Frau Dr. Brock beantragte EinzelpunktAbstimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung der einzelnen Punkte.

Abstimmungsergebnis:

EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt 23 Ja Stimmen 21 Nein Stimmen 3 Enthaltungen
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein, unter nachfolgend aufgelisteten Faktoren, überarbeitetes Parkleitsystem zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen.
Die Stadt soll hierbei in Zonen nach Farben mit entsprechenden Hinweisen auf das kulturelle Angebot unterteilt werden. Den Besuchern der Stadt soll es somit möglich gemacht werden ohne weitere Ortskenntnisse einer Farbe zum nächstgelegenen Parkplatz/Parkhaus folgen zu können. (Beispielbilder 1-3)
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt an zentralen Punkten Stadtpläne mit den Hinweisen auf kulturelle Einrichtungen aufzustellen. (Beispielbild 4)
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Wegeleitsystem für Fußgänger und Radfahrer für Ortsunkundige zu optimieren und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen. (Beispielbilder 5-6)

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Information des Stadtrates durch den Oberbürgermeister Vorlage: VII/2019/00680

Herr **Scholtyssek** führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies den Antrag in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Rechnungsprüfungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert dem Stadtrat künftig einen vollständigen Bericht über die von der Stadt Halle (Saale) extern vergebenen Gutachten vorzulegen.

zu 9.2 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VII/2019/00683

zu 9.2.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH Vorlage: VII/2019/00762

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

9.2 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Die Linke und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in dem Beirat der Stadtmarketing GmbH. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag der AfD-Fraktion. Gibt es dazu Redebedarf? Das sehe ich nicht. Dann stimmen wir zuerst über den Änderungsantrag der AfD ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt. Und wir stimmen ... Wir können das auch gerne nochmal auszählen lassen, natürlich.

Ich bitte um Auszählung. Ich bitte nochmals die Ja-Stimmen für den Änderungsantrag der AfD-Fraktion. Die Gegenstimmen, bitte. Und die Stimmenthaltung. Für den Änderungsantrag gab es 20 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. Damit ist der

Änderungsantrag abgelehnt. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ein Blick in unsere Geschäftsordnung sagt mir, dass bei gleichen Inhalten die weitergehenden Anträge vorrangig abzustimmen sind. Es gibt unter dem Punkt 9.6, glaube ich, nochmal einen Antrag unsererseits zur Umsetzung. Der ist aus meiner Sicht vorrangig dann zu behandeln oder aus unserer Sicht, 9.7.

Frau Müller

Herr Heym, die Regelung gilt nur für Änderungsanträge, nicht für normale Vorlagen. So, der Änderungsantrag war abgelehnt. Damit müssen wir jetzt noch über den nicht geänderten Antrag 9.2 abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Geschäftsordnung des Beirats. Dort ist ausgeführt, dass bei entsprechendem Verlagen durch die Gesellschaft auf dessen Vorschlag sie bestellt und abberufen werden können, die Mitglieder, vorgeschlagen haben wir, das Vorschlagsrecht liegt bei uns. Und von daher hätten wir gerne gewusst, auf welcher Rechtsgrundlage die Abstimmung hier erfolgt und die Antragstellung.

Frau Müller

Herr Heym, wir hatten jetzt hier einen Änderungsantrag, über den ist jetzt hier abgestimmt worden und der ist jetzt so beschlossen, wie er beschlossen ist. Ich kann mich jetzt hier nicht nach einer Geschäftsordnung der Stadtmarketing GmbH richten, sondern dieser Änderungsantrag stand zur Abstimmung, auch die Entsendung in dem Beirat steht zur Abstimmung. Das Ergebnis ist jetzt so, wie es ist. Bitte.

Herr Heym

In dem Fall kündigen wir an, das wir Rechtsmittel einlegen.

Frau Müller

Das Recht haben Sie an der Stelle.

So, dann stimmen wir jetzt über den Antrag 9.2 insgesamt ab. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenthaltung. Das lasse ich bitte auch gleich nochmal auszählen. Und jetzt bitte ich nochmal um die Ja-Stimmen für den Antrag. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Für den Antrag haben 25 gestimmt, dagegen 18 und es gab 4 Enthaltungen. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

- Ende Wortprotokoll -

zu 9.2.1 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH**
Vorlage: VII/2019/00762

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

20 Ja Stimmen
23 Nein Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat beschließt, die Entsendung von Herrn Donatus Schmidt in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zurückzunehmen.~~

Als sachverständiges Mitglied für den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH scheidet Herr Donatus Schmidt unter der ausschließenden Bedingung, Herr Steffen Lehns wird als sachverständiges Mitglied für die AfD-Stadtratsfraktion in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH bestellt, aus.

zu 9.2 **Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zur Rücknahme der Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH**
Vorlage: VII/2019/00683

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

25 Ja Stimmen
18 Nein Stimmen
4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Entsendung von Herrn Donatus Schmidt in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zurückzunehmen.

zu 9.3 **Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V."**
Vorlage: VII/2019/00662

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Wir gehen weiter zu Punkt 9.3, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Mitgliedschaft der Stadt Halle im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Heym.

Herr Heym

Wir haben diese Möglichkeit, dieses Bündnis, entdeckt. Fanden das auch sehr charmant. Es ist 2012 gegründet wurden. Es waren erst 60 Gemeinden drin, die sich zusammengeschlossen haben, um in ihren Zuständigkeitsbereichen biologische Vielfalt zu fördern. Das ist aus unserer Sicht ein Thema, was zur Heimatpflege gehört. Inzwischen sind dort mehr als 360 Kommunen bei einer Delegation enthalten und über 200 sind entsprechend Mitglied. Der Mitgliedsbeitrag: 1320 € im Jahr. Ist aus unserer Sicht überschaubar. Und es werden diesem Projekt dann Fördermittel ausgelobt, um der Kommune entsprechende Projekte zu unterstützen. Wir denken, dass auch die Stadt Halle gut daran tut entsprechend alte Sorten in ihrer Gemeinde, also in unserer Stadt zu erhalten, entsprechende Projekte anzuschließen. Dafür wäre diese Mitgliedschaft entsprechend eine entsprechende Unterstützung. Deswegen würden wir uns gern mit Ihnen über diese Mitgliedschaft unterhalten. Wir verweisen als Fraktion diesen Antrag in den Ausschuss für Klimaschutz, Ordnung und Umwelt und in den Finanzausschuss.

Frau Müller

Herr Döring.

Herr Döring

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn der Antrag jetzt verwiesen ist, bei diesem Antrag handelt es sich, unserer Ansicht nach, um eine vorhersehbare Reaktion auf unserem Beschluss, dass wir auch keinen AfD-Anträgen mehr zustimmen. Es geht Ihnen nicht, in dem Antrag nicht um die Mitgliedschaft im Bündnis „Kommune für biologische Vielfalt e.V.“. Es geht auch nicht um Naturschutz und Biodiversität. Also, eine Partei, die den Klimawandel in großen Teilen leugnet, was maßgeblich, der menschengemachte Klimawandel wird maßgeblich für eine sinkende Biodiversität sein. Es ist einfach eine Reaktion auf unserem Beschluss und soll vermutlich dazu dienen, dann im Nachhinein die vermeintliche Opferrolle weiter zu untermauern. Natürlich werden wir an unserem Beschluss festhalten und den Antrag, auch wenn er jetzt verwiesen wird, auch in den Ausschüssen ablehnen.

Frau Müller

Herr Heym. Stimmt, ja. Herr Heym, das tut mir leid. Nein, der Antrag ist verwiesen. Damit darf jetzt von jeder Fraktion noch einer reden, aber Sie dürfen es eben nicht mehr, die AfD an der Stelle. Gibt es aus anderen Fraktionen weiteren Redebedarf? Das sehe ich auch nicht, dann stimmen wir darüber ab. Nein. Der Antrag ist verwiesen in den Finanzausschuss in den Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Klimaschutz.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den*

*Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und*

Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen und dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. beizutreten.

**zu 9.4 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion - Demokratieklauseleinführen!-
Vorlage: VII/2019/00663**

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Dann sind wir bei 9.4, Antrag der AfD- Stadtratsfraktion, Demokratieklauseleinführen. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Raue.

Herr Raue

Na, wir würden zumindest gern unseren Antrag kurz vorstellen. Der ist grundsätzlich im Land, im Staate Deutschland nicht ganz neu, weil er galt schon mal von 2011-2013, und zwar bis 2014, und zwar ist er damals durch die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder einmal eingeführt worden und durch die Manuela Schwesig von der SPD 2014 wieder abgeschafft worden. Es geht in unserem Antrag grundsätzlich um die Einführung einer Demokratieklausele. Einer Demokratieklausele, die alle Zuwendungsnehmer aus Halle, Vereine und dergleichen, unterzeichnen sollen, in den sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen sollen und dem darüber hinaus natürlich zu unserem Land. Ich will sie kurz vorlesen, was wir gern beschließen wollen.

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Demokratieklausele einzuführen, welchen den Inhalt von kommunalen Fördermitteln im Kampf gegen Extremismus oder im Rahmen anderer zivilgesellschaftlicher Projekte an die ausschließende Bedingung der Unterzeichnung einer Einverständniserklärung koppelt. Angelehnt an die von der CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eingeführte Demokratieklausele soll diese für Halle wie folgt lauten:

1. Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

2. Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung eines Projektes beauftragen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigen. Wir erkennen an, dass alle Fördermaßnahmen eingestellt werden, wenn bekannt wird, dass bei erheblichen Verstößen gegen die Rechtsordnung, die von Personen oder Organisationen aus deren Umfeld gegangen werden, geleistete Fördermaßnahmen zurückgefordert werden.

3. Wir verpflichten uns, erhaltene Fördermittel nicht für extremistische Organisationen, Gruppierungen, Projekte oder Personen aufzuwenden oder an dieser weiterzuleiten. Auch das uns Zurverfügungstellen von Infrastruktur wie zum Beispiel Räumlichkeiten oder anderer Sachwerte ist nicht gestattet. Eine personelle wie strukturelle Verflechtung mit nachweislichen Extremisten oder politischen Straftätern schließen wir aus. Verstöße führen zur Einstellung sämtlicher Fördermaßnahmen sowie zur Rückforderung geleisteter Mittel.

Wir finden es deswegen so wichtig, diese Demokratieklausele jetzt einzuführen, weil wir es in der Vergangenheit sehen und feststellen, dass wir verschiedene Organisationen in unserer Stadt haben, die sich weit über unsere gesellschaftlichen Normen hinwegsetzen. Und das jüngste Beispiel ist im Prinzip das Beispiel Hasi gewesen. Capuze e.V. ist in enger Verflechtung unterwegs mit der Antifa. Im Verfassungsschutzbericht des Landes und des Bundes genannte Gruppierung wie „Interventionistische Linke“ und „Rote Hilfe“ verkehren üblicherweise im Reil 78, auch mit der Antifa zusammen, auch in der Ludwigstraße 37. Es

werden dort Workshops durchgeführt. Es werden dort Planungen, Nachgespräche, Nachbereitungen durchgeführt. All das ist in Teilen gegen die freiheitliche-demokratische Grundordnung in Deutschland gerichtet. Es ist auch gegen die Meinungsfreiheit in Teilen gerichtet, weil all diese Gruppierung treten ziemlich kämpferisch auf und schrecken vor Beschädigung, vor Sachbeschädigung, vor persönlicher Verletzung, ich meine physische Verletzung von Andersdenkenden nicht zurück. Die Stadt soll da aufpassen, dass sie sich nicht über diesen Umweg eines vermeintlich vielleicht positiven Projektes dann Leute ins Boot zieht, Leute unterstützt, Organisationen unterstützt, die im Prinzip gegen unseren pluralistischen Gedanken von Meinungen und Meinungen aushalten agieren. Aus dem Grund werben wir ganz stark dafür, dass wir diese Demokratieklausele auch wieder einführen. Nur weil sie wieder abgeschafft wurde, das ist jetzt kein Grund, sie nicht wieder einzuführen. Möglicherweise wird sie auch auf Bundesebene wieder eingeführt. Wer weiß das schon nach den nächsten Wahlen. Möglicherweise wird sie auf Landesebene wieder eingeführt. Wer weiß das schon nach den nächsten Wahlen. Und in Wahrnehmung unserer kommunalen Selbstverwaltung sollten wir hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Redezeit ist um. Vielen Dank.

Herr Raue

Und deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Frau Müller

Frau Plassa.

Frau Plassa

Dankeschön. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, Frau Vorsitzende, das ist eine absolute Farce, Ihr Antrag.

Ich zitiere Götz Kubicek, AfD-Vordenker und Vordenker der Neuen Rechten: „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform. Nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache. Nicht der Stehplatz im Salon, sondern eine Beendigung der Party.“

Ich zitiere Björn Höcke, Landesvorsitzender der AfD Thüringen, der laut Gericht als Faschist bezeichnet werden darf: „Das nicht nur Merkel weg muss, sondern das Merkelsystem weg muss, liebe Freunde. Und dieses Merkelsystem sind sämtliche Kartellparteien, die es nicht gut mit diesem Land meinen.“ Programmierte Abschaffung der Parteiendemokratie. Relativierung von Verbrechen des Nationalsozialismus. Unsägliche Hetze über Asylsuchende. Regelmäßige Attacke auf Pressefreiheit. Das Gutheißen von körperlichen Angriffen auf Pressevertreter durch AfD-Vertreterinnen. Freiheit der Kunst regelmäßig infrage gestellt.

Es gibt übrigens gerade ein Drittel mehr Rechtsextreme im Vergleich zum Vorjahr. Warum? Mitglieder der AfD-Vereinigungen „Der Flügel“ und „Der junge Alternative“ werden vom Verfassungsschutz dem extremrechten Spektrum zugerechnet.

Begründung des Bundesverfassungsschutzes: Bei beiden Teilorganisationen gibt es hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheit-demokratische Grundordnung vorzugehen. Die AfD will die Demokratie und die freilich-demokratische Grundordnung schwächen, perspektivisch vielleicht sogar abschaffen, auf jeden Fall nicht schützen. Wenn es Ihnen um den Schutz der Demokratie geht, würde ich sagen: Kehren Sie mal vor Ihrer eigenen Haustür.

Frau Müller

Herr Bernstiel.

Herr Bernstiel

Herr Raue, heute ist ihr Glückstag. Sie treffen nämlich gerade denjenigen, der damals mit zuständig war genau diese Demokratieklausel, die Sie jetzt hier besprechen, in das Familienministerium zu tragen. Es ging nämlich damals um ein großes Extremismuspräventionsprojekt. Eine richtig lange Kampagne, die sich sowohl gegen Rechtsextremismus, gegen Linksextremismus, und später sogar noch ergänzt gegen Islamismus gewendet hat. Diese Klausel, die Sie jetzt erwähnen, würde leider, und das wurde auch schon gesagt, auch dazu führen, dass einige Gruppierungen, mit denen Sie zusammenarbeiten, auch ausgeschlossen werden würden. Das wollte ich an dieser Stelle mal klarmachen.

Jetzt ist aber eins falsch, Herr Raue, jetzt ist eins falsch in Ihrem Antrag. Sie haben nämlich gesagt, die wurde abgeschafft. Da hätten Sie ein bisschen genauer recherchieren müssen, weil die wurde nämlich nicht abgeschafft, die wurde einfach auf eine andere Ebene gehoben. Die ist nämlich jetzt Bestandteil aller Verwaltungsvorschriften für alle Bundes-, Landes- und daraus abgeleiteten Institutionen, Förderanträge. Das steht überall dort drin, das können Sie nachlesen, und das betrifft in Sachsen-Anhalt doch ganz konkret auch die Landeszentrale für politische Bildung. Das sind im Übrigen die Programme, die genau das machen, was Sie ja in Ihrem Antrag auch beschreiben. Also, die Extremismusprävention. Das heißt, diejenigen, die heute Gelder empfangen genau aus solchen Programmen, die müssen sich daran halten. Und wenn Sie jetzt auf die kommunale Ebene abziehen wollen, dann ist es immer noch so, dass Landesrecht auch das kommunale Recht bricht. Das heißt, die Stadt ist gar nicht berechtigt, irgendwelche Fördermittel auszugeben, die diesen Nebenbestimmungen nicht konform sind. Das heißt, Ihr Antrag ist ganz deutlich als zu erledigt zu betrachten und das würde ich Ihnen jetzt auch raten, weil, wenn Sie das so nicht machen, dann werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil er einfach erledigt ist.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Ich bin ein bisschen überrascht Herr Bernstiel, dass Sie das jetzt so sagen, denn aus meiner Sicht ist das, ist das wirklich nicht erledigt. Und ich denke auch nicht, dass das jetzt zutreffend ist, was Sie vorgebracht haben. Das mag nicht an bösem Willen liegen. Das ist einfach nicht meine Informationslage. Aus dem Grund würde ich den Antrag verweisen die Ausschüsse. Dann bleibt er noch bisschen Leben und da können wir uns das nochmal ganz genau anschauen. Für den Fall, dass es natürlich so ist, müssen wir dann einen Weg finden, wie wir damit umgehen. Aber das würden wir jetzt mal prüfen. Deswegen würde ich den gern verweisen in den Ausschuss für Finanzen, Ausschuss für Klima, Umwelt in Ordnung, da wäre ich ja, und den Sozialausschuss. Ja, ja, um das zu prüfen, würde das vielleicht, gut, dann nehmen wir noch den Bildungsausschuss und den Kulturausschuss und den Sportausschuss, da haben wir ihn überall, da können wir uns überall nochmal darüber unterhalten. Denn für den Fall, Herr Bernstiel, dass es jetzt nicht so ist, wie Sie gesagt haben, dann haben wir ja Redebedarf und dann können wir das dann auch gleich nutzen.

Frau Müller

Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Eigentlich gehört dieser Antrag, wenn überhaupt, nur in den Hauptausschuss. Also was soll der in all den anderen Ausschüssen? Also, ich hoffe, dass alle ihn dann nicht auf die Tagesordnung nehmen.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Wenn ich das richtig verstanden hatte, hatte Herr Bernstiel einen Antrag auf Erledigung gestellt. Der hätte abgestimmt werden müssen, bevor die Verweisung durch die Fraktion und durch Herrn Raue, der nach Herrn Bernstein geredet hat, erfolgt ist.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, ich weise Sie darauf hin, dass das Herr Bernstiel nicht getan hat. Herr Bernstiel hat Herrn Raue empfohlen, den Antrag für erledigt zu klären. Insofern, Herr Schachtschneider.

Herr Schachtschneider

Ich wollte auch nur mal drauf hinweisen, an Herrn Raue, vielleicht kann er nochmal überdenken die Überweisung in die verschiedensten Ausschüsse. Laut unserer Geschäftsordnung, im Bildungsausschuss, wir haben noch nie Fördermittel vergeben. Ich glaube, das ist auch in nächster Zeit nicht geplant. Warum sollten wir über Fördermittelvergabe als solches reden?

Frau Müller

Ja, deswegen ist, dürfen, nach einer Verweisung dürfen trotzdem die Fraktionen noch reden, natürlich. Ja, das stimmt, Herr Schachtschneider hätte in dem Fall, dass ist richtig. Es dürfen jetzt aber noch Herr Senius und Frau Gellert reden.

Herr Senius

Mir ist jetzt unklar, ob der Antrag auf Erledigung gestellt wurde. Wenn es nicht der Fall ist, stelle ich den Antrag auf Erledigung. In der Begründung ... Schade.

Frau Müller

Frau Gellert.

Frau Gellert

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle fast jeden Tag irgendwelche Anträge und da weiß ich zu 100 %, dass ich Herrn Bernstiel Recht geben kann, dass es in fast allen, gerade europäischen Anträgen, und aber auch bei Allianzfond, die Klausel gibt. Die ist definitiv da und deswegen bitte ich vielleicht nochmal Herrn Schreyer als unseren Rechtsbeistand sozusagen um Stellungnahme und Aussage, weil ich weiß hundert pro, dass Herr Bernstiel Recht hat. Das ist so.

Frau Müller

Frau Gellert, ich bin mir sicher, Herr Schreyer kann da Erhellendes dazu beitragen. Es ändert jetzt nichts daran, dass der Antrag trotzdem verwiesen ist. Das heißt, wir beenden jetzt. Ich sehe keinen weiteren Redebedarf. Damit ist der Antrag verwiesen in den Kulturausschuss, in den Bildungsausschuss, in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, in den Finanzausschuss, in den Hauptausschuss, und in den SGGA.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Bildungsausschuss,
Kulturausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Betriebsverwaltung und Liegenschaften
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine Demokratieklausele einzuführen, welche den Erhalt von kommunalen Fördermitteln im Kampf gegen Extremismus oder im Rahmen anderer zivilgesellschaftlicher Projekte, an die ausschließende Bedingung der Unterzeichnung einer Einverständniserklärung koppelt.

Angelehnt an die von der CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eingeführte Demokratieklausele, soll diese für Halle wie folgt lauten:

1. „Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.“

2. Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung eines Projektes beauftragen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen.

Wir erkennen an, dass Fördermaßnahmen eingestellt werden, wenn bekannt wird, dass bei erheblichen Verstößen gegen die Rechtsordnung, die von diesen Personen oder Organisationen oder aus deren Umfeld begangen werden, geleistete Fördermaßnahmen zurückgefordert werden.

3. Wir verpflichten uns, erhaltene Fördermittel nicht für extremistische Organisationen, Gruppierungen, Projekte oder Personen aufzuwenden oder an diese weiterzuleiten. Auch das zur Verfügung stellen von Infrastruktur wie z.B. Räumlichkeiten oder anderer Sachwerte ist nicht gestattet. Eine personelle wie strukturelle Verflechtung mit nachweislichen Extremisten oder politischen Straftätern schließen wir aus. Verstöße führen zur Einstellung städtischer Fördermaßnahmen, sowie Rückforderung geleisteter Mittel.“

**zu 9.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beflaggung städtischer Schulen und Dienstgebäude
Vorlage: VII/2019/00664**

Herr Raue brachte den Antrag ein. Im Hinblick auf die Stellungnahme der Verwaltung sagte er, die Beflaggung an Dienstgebäuden zu streichen und nur die Beflaggung an Schulgebäuden veranlassen zu wollen. Er bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Krause und **Herr Helmich** sprachen sich gegen den Antrag aus.

Frau Winkler stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte, welchem mehrheitlich zugestimmt wurde. Anschließend bat **Frau Müller** um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Hissen der deutschen Bundesflagge dauerhaft vor allen kommunalen Schul- und Dienstgebäuden zu veranlassen.

**zu 9.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen
Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00686**

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

9.6, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern. Ich sehe keine, Herr Schreyer, bitteschön.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende, bitte gestatten Sie mir für die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt folgenden rechtlichen Hinweis: Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen, nämlich die Eigenschaft als Einwohner und die Sachkunde vor, dann erfolgt die Berufung der sachkundigen Einwohner entsprechend dem Stärkeverhältnis durch den Stadtrat bindende Vorschläge der Fraktionen. Der Stadtrat stellt dann lediglich zur Rechtssicherheit die Mitgliedschaft der sachkundigen Einwohner fest. Ich bitte um Beachtung, vielen Dank.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Um Rechtstreitigkeiten vorzubeugen zu diesem Tagesordnungspunkt, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Frau Müller

Dann machen wir das so. Achso, das muss abgestimmt werden. Also, wir, wir stimmen jetzt, nein, wir müssen darüber abstimmen über eine namentliche Abstimmung. Dazu müssen 1/5 der anwesenden Stadträtinnen und Stadträte damit einverstanden sein. Herr Wolter, was?

Herr Wolter

Ich bitte um ausführlichere Erläuterung von Herrn Schreyer zu dem, was er gerade geäußert hat. Für mich ist es nicht fassbar gewesen, was er denn als Ziel seiner Äußerung hier sagt.

Frau Müller

Gut, dann bitte ich Herrn Schreyer noch mal.

Herr Schreyer

Ich wollte Ihnen damit den Gesetzeswortlaut des Kommunalverfassungsgesetzes näher bringen, der für die entsprechende Regelung und Beschlussfassung für Sie folgendes vorsieht: Die Vertretung kann in die beratenen Ausschüsse sachkundige Einwohner widerruflich als Mitglieder mit beratener Stimmen berufen. Die Paragraphen 41 und 47 Absatz 1 gelten entsprechend. Das ist die Regelung des Paragraphen 49 Absatz 3 Satz 1 Kommunalverfassungsgesetz. Und der Paragraph 47, auf den verwiesen wird, der sieht das Verfahren, so kennen Sie es, Hare-Niemeyer vor, so wie es praktiziert wird hier in diesem Stadtrat und das ist zur Anwendung zu bringen. Das heißt, bindende Vorschläge der Fraktionen.

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ich frage deswegen nach Herr Schreyer, Sie haben jetzt, sozusagen, auf diesen Antrag abgehoben. Auf den Antrag 9.2 der Grünen und der SPD haben Sie diese Ausführung nicht gemacht. Das wundert mich jetzt gerade, weil das ist ja, sozusagen, der Sachbezug, Berufung oder Abberufung ist ja identisch. Oder täusche ich mich da? Das heißt, wir haben vorhin einen Beschluss gefasst, der nicht rechtsbindend ist. Oder wie soll ich das verstehen jetzt, den Hinweis? Weil, wenn das so ist, wie Sie ausführen, dann nehmen wir hier einen Beschlussvorschlag nur zur Kenntnis. Also, wir haben gar keine Möglichkeit das abzulehnen. Also, das ist der Grund, warum ich noch einmal nachfrage. Und Herr Oberbürgermeister hat ja mit seiner namentlichen Abstimmung zur Verhinderung von quasi der Rechtsunsicherheit auch noch einmal hin, also, auch noch einmal in diese Richtung. Und, wir haben ja, sozusagen, verschiedene Abstimmungen schon zu den Vorschlägen der AfD, zu den sachkundigen Einwohnern, gehabt. Deswegen meine Nachfrage nochmal. Erklären Sie mir nochmal den Unterschied zu 9.2, Abberufung. Und bedeutet das, dass wir, sozusagen, nur zustimmend zur Kenntnis nehmen können?

Frau Müller

Herr Schreyer nochmal, bitte.

Herr Schreyer

Der Unterschied liegt in der Thematik. Hier geht es um die sachkundigen Einwohner für Ihre Ausschüsse. Das andere ist ein Beirat der SMG, dafür gilt die Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung enthält aber eine entsprechende Regelung. Das heißt, auch da haben Sie die Geschäftsordnung, die Sie sich gegeben haben für den Beirat, zu beachten.

Frau Müller

Frau Dr. Schöps.

Frau Dr. Schöps

Ich habe, was mir selten passiert, sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, Herr Schreyer, liebe Damen und Herren, gerade ein Problem mit meinem Demokratieverständnis. Ich sitze in einer Stadtratssitzung als Stadträtin, ich habe einen Antrag vorliegen einer Fraktion. In diesem Antrag wird beantragt, was der Sachgegenstand ist. Das heißt, ich darf darüber abstimmen nach meinem Dafürhalten. Dafür, dagegen oder mich enthalten. Die Stellungnahme, Herr Schreyer, die Sie eben, wenn ich Sie recht verstanden habe, gegeben haben, würde mir sagen: Äh, äh, gute Frau, hat eh nichts zu sagen. Ich habe nichts gegen den Antrag namentliche Abstimmung. Ich äußere mich gerne und stehe gern dahinter, denn ich möchte dann auch gleich persönlich sagen, ich kann diesem Antrag der AfD-Fraktion nicht zustimmen. Nicht, weil ich etwas dagegen hätte, dass sachkundige Einwohner dieser Fraktion in den Ausschüssen mitarbeiten, aber unter den genannten Personen sind drei Personen, für die nach meinem Dafürhalten ein

rechtsextremistischer Hintergrund ziemlich klar medial belegt ist und ich halte es nunmal für persönlich nicht hinnehmbar, dass solche Personen in unseren demokratischen Gremien, das heißt in Ausschüssen, mitarbeiten. Deswegen werde ich dagegen stimmen. Und ich bilde mir ein, ich habe das gute Recht dazu. Dankeschön.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Frau Schöps, dann würde ich Sie auch bitten, namentlich das zu benennen und deutlich zu machen.

Frau Müller

Gut, wir haben jetzt den Antrag des Oberbürgermeisters auf namentliche Abstimmung. Darüber müssen wir zunächst abstimmen. Das braucht eine 1/5 Mehrheit. Das heißt, mindestens 10 Stadträtinnen und Stadträte müssen einer namentlichen Abstimmung, anwesend sind 50, genau. Gut, ich stimme jetzt, Herr Raue, wir sind im Abstimmungsverfahren. Wir stimmen jetzt über den Antrag auf namentliche Abstimmung ab. Wer stimmt diesem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei einigen Enthaltungen, einigen Gegenstimmen, ist der Antrag mehrheitlich angenommen. Das heißt, wir stimmen jetzt namentlich über die Beschlussvorlage 9.6, Antrag der AfD-Fraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern, ab. Ich übergebe an Herrn Stehle.

Herr Stehle rief die anwesenden Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf und diese gaben laut ihr Stimmverhalten bekannt.

Frau Müller

Einen kleinen Moment, bitte, fürs Auszählen.

So, ich bitte um Ruhe, wir haben das Ergebnis. Und zwar haben, Hallo, darf ich bitte um Ruhe bitten, danke. Für den Antrag haben gestimmt 23 Stadträtinnen und Stadträte, mit Nein haben 26 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt. Damit ist die Vorlage abgelehnt.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

namentliche Abstimmung

	Name	Vorname	JA	NEIN
Dr.	Bergner	Christoph	X	
Dr.	Brock	Inés		X
Dr.	Burkert	Silke		X
	Döring	Jan		X
	Eigendorf	Eric		X
	Ernst	Johannes	X	

Dr.	Ernst	Martin	X	
	Feigl	Christian		X
	Gellert	Beate		X
	Haupt	Ute		X
	Heinrich	Andreas	X	
	Helmich	Dennis		X
	Heym	Carsten	X	
	Hintz	Katharina		X
	Jacobi	Dörthe		X
	Jahn	Josephine		X
	Krause	Johannes		X
Dr.	Kreutzfeldt	Annette		X
	Krimmling-Schoeffler	Anja		X
	Krischok	Marion		X
	Mackies	Stefanie		X
	Mämecke	Steve	X	
	Mark	Yana	X	
Dr.	Meerheim	Bodo		X
	Menke	Johannes	X	
	Müller	Katja		X
	Nette	Gernot	X	
	Plassa	Rebecca		X
	Radtke	Torsten	X	
	Raue	Alexander	X	
	Schaaf	Mario	X	
	Schachtschneider	Andreas	X	
	Schaper	Torsten	X	

	Schied	Thomas		X
	Schmidt	Claudia	X	
	Schnabel	René	X	
	Scholtyssek	Andreas	X	
	Schöder	Olaf	X	
Dr.	Schöps	Regina		X
	Sehrndt	Martin	X	
	Senius	Kay		X
	Sondermann	Hans-Dieter		X
	Streckenbach	Johannes	X	
	Wels	Andreas	X	
Dr.	Wend	Detlef		X
Dr.	Wiegand	Bernd	X	
	Winkler	Yvonne		X
	Wolter	Tom		X
Dr.	Wünscher	Ulrike	X	

Beschlussvorschlag:

Dem Beschluss zur Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) aus der Sitzung des Stadtrates vom 03. Juli 2019 folgend werden gemäß § 49 Abs. 3 KVG LSA Herr Steffen Lehns für den Kulturausschuss, Herr David Hügel für den Sportausschuss, Herr Udo Nistripke für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung, Herr Eckart Rahmelow für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Herr Jonas Jung für den Bildungsausschuss, ~~Frau Hanna Tabea Rösler~~ **Herr Christopher Lehmann** für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Herr Thorben Vierkant für den ~~Rechnungsprüfungsausschuss~~ **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss** als Sachkundige Einwohner berufen.

**zu 9.7 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2019/00685**

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Wir gehen weiter zu 9.7, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung im Beirat der Stadtmarketing Halle GmbH. Gibt es dazu nochmal, Herr Heym.

Herr Heym

Ja, in weiser Voraussicht der Ereignisse, haben wir einen geänderten Antrag als Tischvorlage hier dabei. Den würde ich gerne verteilen und dann zur Abstimmung bringen.

Frau Müller

Ich würde vorschlagen, geben Sie es am besten hinter und dann können wir es an die Wand werfen, ehe Sie jetzt durch alle Reihen durchlaufen, das geht, glaube ich, schneller. Ja. Nein, er ist geändert.

Vielen Dank. Gut, wir sehen jetzt da oben den geänderten Antrag der AfD-Fraktion. Es geht im Grunde nur noch um die Frage, bestehen bleibt der Satz: Herr Steffen Kindermann wird als sachverständiges Mitglied für die AfD-Stadtratsfraktion in den Beirat der Stadtmarketing Halle GmbH bestellt.

Das ist jetzt der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion. Gibt es dazu Redebedarf? Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Das lasse ich auszählen, bitte. Ich bitte nochmal um Zustimmung zu dem Antrag. Das Handzeichen, bitte, wer dem Antrag zustimmt. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung, bitte. Für den Antrag haben 22 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt, dagegen haben 22 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt, es gab 3 Enthaltungen. Damit haben wir einen Patt und der Antrag ist damit abgelehnt.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt

22 Ja Stimmen
22 Nein Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

~~Als sachverständiges Mitglied für den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH scheidet Herr Donatus Schmidt unter der ausschließenden Bedingung, Herr Steffen Lehns **Kindermann** wird als sachverständiges Mitglied für die AfD-Stadtratsfraktion in den Beirat der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH bestellt, aus.~~

zu 9.8 Antrag des Stadtrates Rene Schnabel (AfD) zur Standvergabe und Erweiterung des Weihnachtsmarktes
Vorlage: VII/2019/00666

Herr Schnabel warb um Zustimmung seines Antrages trotz der Stellungnahme der Verwaltung, welche die Erledigung empfiehlt.

Herr Wolter stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung, welchem mehrheitlich zugestimmt wurde.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Veranstaltung des alljährlichen Weihnachtsmarktes im Innenstadtbereich, um die Bereiche obere Leipziger Str., Riebeckplatz und Hansering erweiterbar ist.

zu 9.9 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Betreuung von Kindern und Angehörigen während der Mandatsausübung
Vorlage: VII/2019/00687

Herr Dr. Wend brachte den Antrag ein und verwies den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, Jugendhilfeausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Paulsen sagte, dass es eine Betreuung von Kindern für die Mitglieder der Ausschüsse gibt, dies gilt auch für die sachkundigen Einwohner.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Jugendhilfeausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie für Mitglieder des Stadtrates sowie durch den Stadtrat berufene sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, denen bei der Betreuung von Kindern bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr regelmäßig zusätzliche Kosten durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstehen, eine angemessene Unterstützung erfolgen kann;
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie für Mitglieder des Stadtrates sowie durch den Stadtrat berufene sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner, die berechtigt sind, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen gem. §§ 53 ff. SGB XII zu erhalten und Hilfe für die Dauer der Sitzung benötigen, eine angemessene

Unterstützung erfolgen kann. Dafür sind Stellungnahmen führender Behindertenvertretungen einzuholen.

3. Das Prüfergebnis ist dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss spätestens im April 2020 vorzulegen.

zu 9.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausrüstung der Fahrzeuge im Fuhrpark der Stadt Halle (Saale) und ihrer Beteiligungen mit Abbiegeassistenten
Vorlage: VII/2019/00674

Herr Eigendorf brachte den Antrag ein und verwies den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in Fahrzeugen im Fuhrpark der Stadt Halle (Saale) und ihrer Beteiligungen, die bei Neuanschaffung ab dem Jahr 2024 verpflichtend mit einem Abbiegeassistenten bzw. einem Abbiegeassistenzsystem auszustatten wären, bereits bis zum Januar 2021 Abbiegeassistenten bzw. Abbiegeassistenzsysteme nachgerüstet werden.

zu 9.11 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schwimmunterricht – Konzept für städtische Kitas
Vorlage: VII/2019/00644

Herr Wels brachte den Antrag ein.

Herr Wolter verwies den Antrag in den Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten.

Herr Helmich verwies den Antrag in den Sportausschuss und **Herr Schachtschneider** verwies in den Jugendhilfeausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Betriebsausschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten,
durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Jugendhilfeausschuss
und*

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion Hauptsache Halle verfolgt das Ziel, dass jede städtische Kindertageseinrichtung, spätestens ab dem Jahr 2022, Angebote zum Baden und zur Wassergewöhnung für Kinder in das pädagogische Konzept ihrer Einrichtung anbietet. Um dieses Ziel zu erreichen wird die Stadtverwaltung mit folgenden 3 Punkten beauftragt:

1. Die Stadtverwaltung entwickelt zusammen mit dem Eigenbetrieb Kita ein Konzept zur möglichen Realisierung des Schwimmunterrichtes an allen städtischen Kindertageseinrichtungen.
2. Die Erarbeitung des Konzeptes erfolgt unter Einbeziehung:
 - der Vertreter des Eigenbetriebes Kita und der Interessengemeinschaft der Freien Träger von Kindertageseinrichtungen sowie allen Prozessbeteiligten (Stadtverwaltung, Elternvertretung, DLZ Arbeitsmarkt etc.);
 - der Vertreter der Schwimmhallen und Frei- und Naturbäder, damit ausreichend Wasserflächen und -zeiten für Kindereinrichtungen zur Verfügung gestellt werden können (städtische- und private Einrichtungen);
 - der Vertreter des Jugendhilfeausschusses, des Bildungsausschusses und des Sportausschusses;
 - der Vertreter des Landesschwimmverbandes ("Seepferdchen-Guide"), der Unfallkasse Sachsen-Anhalt ("Sicher Baden"), der Wasserrettungsorganisationen Wasserwacht und DRLG.
3. Der erste Arbeitsstand in der Konzepterstellung ist dem Stadtrat als Information im April 2020 vorzulegen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU-Fraktion zu städtischen Rettungswachen
Vorlage: VII/2019/00681**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU-Fraktion zu den Voraussetzungen für einen 24 Stunden-Dienst des städtischen Ordnungsamts
Vorlage: VII/2019/00682**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zum Wohngebiet Wörmlitz
Vorlage: VII/2019/00445**

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung Januar 2020.

**zu 10.4 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Regensburger Straße
Vorlage: VII/2019/00443**

Zum Abschnitt 3, Frage 1 fragte **Herr Streckenbach** nach, ob an dem Trampelpfad eine Asphaltsschicht von 1,5m Breite aufgebracht werden könnte.

Zum Abschnitt 1, Frage 1 fragte **Herr Streckenbach** nach, ob das Landesverwaltungsamt die Verwaltung aufgefordert hat, einen neuen Vorschlag vorzulegen. Weiter, warum am 24.04.2018 in der Beigeordnetenkonferenz die Umsetzung eines LKW-Nachtfahrverbotes angekündigt wurde.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10.5 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zum Brandschutz an Schulen, Kindertageseinrichtungen und Verwaltungsgebäuden
Vorlage: VI/2019/05055**

Herr Schachtschneider fragte nach den Ergebnissen für die Verwaltungsgebäude.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Ergebnisse im vierten Quartal 2020 vorliegen werden.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur externen Erstellung von Gutachten und Beratungsleistungen im Jahr 2018
Vorlage: VII/2019/00684**

Frau Dr. Brock fragte, warum hier keine schriftliche Beantwortung erfolgt.

Herr Geier antwortete, dass sich im Rahmen der Akteneinsicht umfänglich über alle Vorgänge informiert werden kann.

**zu 10.7 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung einer Moschee in Halle-Neustadt – Nachfrage
Vorlage: VII/2019/00480**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Stadtratssitzungen via Livestream
Vorlage: VII/2019/00667**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur HALLIANZ für Vielfalt
Vorlage: VII/2019/00668**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.10 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum „Original Play“ an halleschen Kitas
Vorlage: VII/2019/00669**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur unzureichenden Finanzierung der
Kosten der Migrationskrise seit 2015 durch Bund und Land
Vorlage: VII/2019/00670**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.12 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Betreuung von Kindern mit
Migrationshintergrund
Vorlage: VII/2019/00677**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Nutzung des
Salzgrafenplatzes als Reisebusparkplatz
Vorlage: VII/2019/00487**

Die Antwort erfolgt zur Stadtratssitzung Februar 2020.

**zu 10.14 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Personalsituation im
Fachbereich Sicherheit
Vorlage: VII/2019/00477**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Grundstück und zur
Bebauung Dessauer Str. 3, 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00675**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum städtischen Ordnungsdienst
Vorlage: VII/2019/00676**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Grundwasserproben auf dem Orgacid-Gelände
Vorlage: VII/2019/00678**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Energiebericht 2019
Vorlage: VII/2019/00195**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Frau Winkler zum Fördermittelantrag für das Jugendparlament

Frau Winkler fragte, ob die Verwaltung Fördermittelanträge für die Einführung eines Jugendparlamentes gestellt hat.

Herr Paulsen verneinte dies. Die Schwerpunkte liegen bei Kommunen im ländlichen Raum.

zu 12.2 Frau Jacobi zum Bäderfinanzierungsvertrag

Frau Jacobi fragte nach Ergebnissen der Gespräche hinsichtlich des Bäderfinanzierungsvertrages. Weiter, wann der Bäderbeirat zusammentritt.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass ein erstes Gespräch mit der Bäder Halle GmbH stattgefunden hat. Der Beirat trifft sich zweimal im Jahr. Das nächste Treffen wird im Frühjahr 2020 stattfinden.

zu 12.3 Herr Scholtyssek zu Unfällen am Leipziger Turm

Bezüglich des tragischen Verkehrsunfalles am Leipziger Turm, fragte **Herr Scholtyssek**, ob die Ampelanlage am Leipziger Turm auch in den Nachtstunden eingeschaltet bleiben könnte.

Frau Ernst antwortete, dass die Ermittlungen der Polizei andauern. Die Verkehrsunfallkommission wird sich im Anschluss mit dem Thema beschäftigen. Über das Ergebnis wird die Verwaltung im Ausschuss informieren.

zu 12.4 Herr Scholtyssek zu Sicherheitssperren

Bezugnehmend zu einem Presseartikel fragte **Herr Scholtyssek**, ob die Sicherheitssperren weiter weg vom Markt positioniert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die hier in Halle verwendeten Sicherheitssperren mit Stahlseilen nicht geprüft wurden. Weitere Maßnahmen sind in der Prüfung.

zu 12.5 Herr Schachtschneider zur Berichterstattung aus dem Stadtrat

Herr Schachtschneider fragte nach der weiteren Berichterstattung aus der Stadtratssitzung.

Frau Ernst verwies auf das Livestream-Angebot der Stadtverwaltung. Auf der halle.de sind alle wichtigen Informationen dazu abrufbar. Eine journalistische Berichterstattung durch TV Halle gegen Bezahlung ist nicht zulässig.

zu 12.6 Herr Feigl zu Beratungsgutachten

Herr Feigl fragte nach Beratungsleistungen für die Beratung hinsichtlich der Aufstellung von Stelen für die Olympiasieger.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Das entsprechende Konto deckt alle verschiedenen Vorgänge ab. Hier ging es um die Teilnahme an einem Wettbewerb.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Initiierung einer öffentlichen Skulptureninstallation in Halle (Saale) Vorlage: VII/2019/00709

Ottmar Hörl gehört zu den renommiertesten Skulpturenkünstlern Deutschlands. Mit zahlreichen Freiraumprojekten macht er gestaltende Kunst im öffentlichen Raum erlebbar und hat gegenwärtig in über 60 Projekten – zeitlich befristet – öffentliche Plätze gestaltet. Dazu werden gleiche Skulpturen, häufig in unterschiedlicher farblicher Gestaltung, strukturiert angeordnet und präsentiert. Seine Projekte sind häufig Persönlichkeiten aus der Geschichte, der Politik, der Wissenschaft, der Dichtkunst und der Musik gewidmet und werden an den Orten, zu denen ein besonderer Personenbezug besteht, präsentiert. Seine künstlerischen Installationen erfahren dabei größte mediale Aufmerksamkeit wie bspw. das Lutherprojekt in Wittenberg zeigt.

Herr Senius regte deshalb an, mit Ottmar Hörl in Kontakt zu treten und abzuklären, ob er eines seiner nächsten Projekte Georg Friedrich Händel in dessen Geburtsstadt widmen möchte. Die Skulptur könnte im Rahmen der Händelfestspiele als öffentliches Freiraumprojekt präsentiert werden.

**zu 13.2 Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zum urbanen Strategiefeld "Nachhaltiges Regenwassermanagement"
Vorlage: VII/2019/00722**

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) soll die Verwaltung ein neues urbanes Strategiefeld „Nachhaltiges Regenwassermanagement“ konzeptionell entwickeln und in Verwaltungshandeln umsetzen.

Diesbezüglich regte **Frau Dr. Burkert** an, dass die Verwaltung für jeden Bebauungsplan/jedes Bebauungsplanverfahren sowie jedes Baugenehmigungsverfahren Checklisten zu oberirdischen Rückhaltesystemen (Regenrückhaltebecken) und unterirdischen Möglichkeiten der Regenwasserversickerung (Versickerbecken und Rigolen) oder kombinierte Verfahren (Mulden-Rigolensysteme) mit direktem Anschluss an die Dachentwässerung und Flächenentwässerung entwickelt und implementiert (analog zu den vorhandenen Checklisten „Barrierefreie Gestaltung von Verkehrsanlagen“ oder „Familienverträglichkeitsprüfung für Bauvorhaben“).

zu 13.3 Frau Gellert zur Erstellung eines Jahresberichts des Fachbereichs Umwelt

Frau Gellert regte an, einen Jahresbericht des Fachbereiches Umwelt zu erstellen und das Fehlen von Bänken und das Fehlen von Bäumen mit aufzunehmen.

zu 13.4 Frau Gellert zur Schulsozialarbeit

Frau Gellert regte an, dass sich die Verwaltung zum Thema Schulsozialarbeit positionieren sollte, wenn das Land dies nicht weiter fördern wird.

zu 13.5 Frau Dr. Brock zur Berichtserstattung aus dem Stadtrat

Frau Dr. Brock sagte, dass die Berichterstattung aus der Stadtratssitzung für Teile der Bevölkerung via TV die bessere Variante ist und regte an, dass die Verwaltung noch einmal mit TV Halle ins Gespräch gehen sollte.

Frau Ernst wiederholte ihre Aussage. Es sei nicht zulässig, TV Halle für eine journalistische Berichterstattung zu entlohnen. Die Verwaltung kann private Anbieter nicht für deren journalistische Leistung bezahlen.

zu 13.6 Herr Schachtschneider zur Berichtserstattung aus dem Stadtrat

Herr Schachtschneider sagte, dass die Kameraposition nicht die Beste ist, da man so auf die Tische und iPads der Räte schauen und zoomen kann.

Frau Ernst sagte, dass nichts erkennbar ist.

zu 13.7 Herr Wolter zur zentralen Gedenkfeier am 03. Oktober 2021

Herr Wolter regte an, dass die Verwaltung im Hauptausschuss über die Vorbereitungen zur zentralen Gedenkfeier am 3. Oktober 2021 informiert.

Zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

Es lagen keine Anträge auf Akteneinsicht vor.

Frau Müller beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer